

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 18. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Amtliche Wahlergebnisse

Nach den vorläufigen Berechnungen des städtischen Wahlbüros werden durch W.B. nunmehr Zahlen als bisher letzte zuverlässig ermittelte Wahlergebnisse bekanntgegeben, die nunmehr nur noch einer amtlichen Bestätigung bedürfen. Diese Bestätigung wird aber voraussichtlich an dem jetzt feststehenden Ergebnis nicht mehr viel ändern. Wir geben hieraus die bisher noch nicht veröffentlichten Wahlergebnisse des 14. Kreises (Lichtenberg) und des 15. Kreises (Weißensee, Pankow usw.), deren Ergebnisse sich wesentlich geändert haben, wieder.

Insgesamt sind am Sonntag 1 672 513 Stimmen abgegeben, von denen auf die bürgerlichen Parteien 845 773, auf die drei sozialistischen Parteien 826 740 Stimmen entfielen.

Der Wahlquotient ist 7433.

Im einzelnen entfielen

| | 1921 | 1920 |
|---------------------------------------|---------|---------|
| auf die SPD | 343 683 | 283 586 |
| auf die USPD | 323 085 | 633 657 |
| auf die KPD | 159 970 | — |
| Stimmen; ferner | | |
| auf die Deutschnationale Volkspartei | 288 988 | 185 207 |
| auf die Deutsche Volkspartei | 251 728 | 275 684 |
| auf die Deutsche Demokratische Partei | 122 917 | 116 657 |
| auf das Zentrum | 61 433 | 61 388 |
| auf die Wirtschaftspartei | 84 370 | 63 635 |
| auf die Deutschsozialistische Partei | 11 830 | — |
| auf die Deutschnationale Wählerchaft | 5 978 | — |
| auf den Ordnungsbund | 9 076 | — |
| auf die Freie Vereinigung | 9 463 | — |
| Stimmen. | | |

Danach werden die bürgerlichen Parteien mit einer geringen Mehrheit, vielleicht infolge der Listenverbindungen, auch nur in gleicher Stärke, mit den sozialistischen Parteien in das Stadtparlament einziehen.

1.—6. Wahlkreis (Alt-Berlin).

| | | |
|-----------------------------|---------|-----------|
| Sozialdemokraten | 180 107 | (141 806) |
| Unabhängige | 192 664 | (370 090) |
| Kommunisten | 93 074 | — |
| Demokraten | 55 224 | (50 604) |
| Deutschnationale | 154 742 | (90 085) |
| Deutschsozialisten | 1 358 | — |
| Deutsche Volkspartei | 107 491 | (125 267) |
| Wirtschaftliche Vereinigung | 42 217 | (30 110) |
| Zentrum | 33 641 | (33 565) |

14. Wahlkreis (Lichtenberg).

| | | |
|-----------------------------|--------|----------|
| Sozialdemokraten | 17 065 | (13 563) |
| Unabhängige | 18 533 | (32 682) |
| Kommunisten | 9 726 | — |
| Demokraten | 3 695 | (3 178) |
| Deutschnationale | 10 526 | (5 025) |
| Deutschsozialisten | 134 | — |
| Deutsche Volkspartei | 11 207 | (8 770) |
| Wirtschaftliche Vereinigung | 5 852 | (4 417) |
| Zentrum | 3 059 | (2 812) |

15. Wahlkreis (Weißensee, Pankow, Reinickendorf).

| | | |
|-----------------------------|--------|----------|
| Sozialdemokraten | 19 548 | (15 097) |
| Unabhängige | 20 665 | (38 859) |
| Kommunisten | 11 166 | — |
| Demokraten | 5 701 | (6 214) |
| Deutschnationale | 16 479 | (16 032) |
| Deutsche Volkspartei | 18 519 | (15 684) |
| Wirtschaftliche Vereinigung | 6 516 | (2 848) |
| Zentrum | 3 549 | (3 327) |
| Zerplittert | 96 | — |

Das „Abt.-Uhr-Abendblatt“ teilte gestern mit, der Verfassungsausschuß des Preussischen Staatsrats habe sich mit der Frage der Gültigkeit der Notverordnung über die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigt, auf Grund deren die gestrigen Stadtverordnetenwahlen vorgenommen wurden. Das Blatt fügt hinzu, daß die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien der Auffassung waren, daß diese Verordnung und damit die gestrigen Stadtverordnetenwahlen ungültig seien. Wie wir hören, ist letztere Angabe unzutreffend. In amtlichen Kreisen wird außerdem auf den Artikel 55 der Preussischen Verfassung verwiesen, in dem die Mitwirkung des Staatsrats in Fällen wie der vorliegende nicht vorgesehen ist. Hingegen sind solche Verordnungen dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen.

Jubel der Reaktion.

Die Berliner Rechtspresse triumphiert. In begeistertem Ueberstolz: „Die Roten in Berlin geschlagen“, „Eine bürgerliche Mehrheit“, „Das Deutsche Berlin hat gesprochen“ usw. gibt sie ihrem Enzian die stürmischen Ausdruck. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Die gestrige Wahl hat die Möglichkeit geschaffen, durch bürgerliche Gemeinschaftsarbeit an den Wiederaufbau besser zu gehen, was durch die sozialistische Wirtschaft eingegriffen und zerstört worden ist. Allerdings jetzt dieser Aufbau

die gründliche Abkehr von den bisherigen Methoden, eine Orientierung voraus, die nicht auf eine Wiederbestellung der Hauptstützen, der Reichheitssozialisten, etwa im Rahmen eines sogen. Blocks der Mitte, hinausläuft. Ein Versuch, aus dem gestrigen Wahlausfall eine solche Politik des „Wach mit den Belz, aber mach' mich nicht naß“ abzuleiten, würde heißen, keine eigentliche Tendenz ignorieren und den klar ausgesprochenen Willen der Wählerschaft durchkreuzen.

Auch die „Deutsche Zeitung“ stellt mit Befriedigung den Erfolg der Deutschnationalen fest:

Wenn auch der absolute Erfolg somit nicht allzu groß ist, so ist es dennoch der relative. Das geht aus der Gegenüberstellung der neuen mit den alten Wahlergebnissen hervor. Besonders der Zuwachs der Deutschnationalen ist beachtenswert.

Während die „Tägl. Rundschau“ bezüglich des Wahlergebnisses der Deutschen Volkspartei gedämpfte Töne anschlägt, stellt sie mit Befriedigung den Rückgang nach rechts und die Zunahme der deutschnationalen Stimmen fest:

Eine Verschiebung nach rechts, das ist das Ergebnis der gestrigen Berliner Wahlen. Diese Verschiebung setzt ganz links ein und endet bei der Deutschnationalen Volkspartei, die eine Zunahme von mindestens 75 vom Hundert verzeichnen kann.

Solche Jubelstimmen von rechts sind begreiflich. Um so mehr besteht links Ursache zu ernster Einkehr.

Interfraktioneller Ausschuß.

Nationalität.

Die gestrige Sitzung des interfraktionellen Ausschusses blieb ergebnislos. Die bürgerlichen Parteien gaben über die Frage der Demission des Kabinetts keine Erklärungen ab, sie scheinen sich selber darüber noch nicht schlüssig zu sein. In der Steuerfrage konnte kein Fortschritt erzielt werden, da bestimmte Nachrichten über die geplante Kredithilfe der Industrie nicht vorliegen.

In einem späteren Stadium der Verhandlungen wurde die Deutsche Volkspartei mit hinzugezogen. Auch jetzt war — erst recht — irgendein Ergebnis nicht zu erzielen. Man trennte sich mit dem Gefühl, einander nicht näher gekommen zu sein.

Nächste Sitzung: Heute 11.30 Uhr.

Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, mit Rücksicht auf die durch die Entscheidung über Oberschlesien herbeigeführte politisch-parlamentarische Lage den für den 24. und 25. Oktober in Stuttgart anberaumten Parteitag vorläufig zu verschieben.

Die Blätter der Deutschen Volkspartei empfinden die Ablehnung der Sozialdemokraten und des Zentrums gegenüber ihrem eifrigen Bestreben, das Kabinett Birck zu stürzen und in: lefenderen den ihnen verhassten Reichskanzler selbst für die Zukunft von der Regierung auszuschließen, als eine recht unangenehme Störung der eigenen Pläne. Um ihre Absichten dennoch nicht ins Stocken kommen zu lassen, wirt sich die volksparteiliche Presse gegenseitig „offizielle“ Mitteilungen über die Regierungsneubildung zu, die in Wirklichkeit nichts weiter als Parteimache sind.

So schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gestern morgen:

„Wie wir schon mitteilten, haben sich die Parteien auf den Standpunkt gestellt, daß eine vollständige Neubildung des Reichskabinetts erfolgen soll. Welche Partei den Reichskanzler stellen wird, steht noch nicht endgültig fest. Jedoch scheint man sich, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, in den in Frage kommenden Parteien der Auffassung zu nähern, daß die Neubildung des Kabinetts durch eine Persönlichkeitsaktion erfolgen muß, die bisher im Kabinett nicht vertreten war. Eine abermalige Kandidatur des bisherigen Reichskanzlers soll, wie uns versichert wird, nicht in Frage kommen.“

Flugs antwortet am Abend die „Tägl. Rundschau“:

„Die Mitteilung der „Deutschen Allg. Ztg.“ dürfte nicht ohne das Vorwissen offizieller Kreise erfolgt sein. Man scheint also wohl auch schon in der Wilhelmstraße langsam mit der Birch-Propaganda abzubauen. Besondere Beachtung verdient die Bemerkung des noch immer der Regierung nahestehenden Blattes, daß der künftige Kanzler nicht aus der Reihe der bisherigen Minister kommen solle.“

Wir können demgegenüber nur feststellen, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ höchstens Stresemann-offiziös ist. Die Sozialdemokratie hat sich jedenfalls nicht „auf den Standpunkt gestellt, daß eine vollständige Neubildung des Kabinetts erfolgen soll“. Wir glauben auch nicht, daß die „D. A. Ztg.“ über die Absichten der übrigen Koalitionsparteien so unterrichtet ist, wie sie es gern sein möchte.

Anzeigenpreis:

Die neungespaltene Nonpareilzeile kostet 6.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 2.— M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 60 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 3,50 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Kreuzungszwischenraum.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Dollar 194.

Nach den amtlichen Notierungen stieg gestern der Dollar an der Berliner Börse von 149,60 auf 184,81 M. Im freien Verkehr wurde der Kurs noch überboten, er stellte sich zeitweilig auf 194. Schließlich überstieg die Nachfrage das Angebot derart, daß sie nicht mehr befriedigt werden konnte, und so mußte man die Devisen den Käufern „zuteilen“. Dollarkäufer erhielten 30 Proz. des angemeldeten Bedarfs.

Ergebnis: An einem einzigen Tage ist die deutsche Währung um 1/4 ihrer Kaufkraft herabgesetzt worden. Ein solcher Sturz der Mark steht einzig da. Die erneute Valutablockade, die Abschneidung des deutschen Käufers vom Weltmarkt, wirft ihre Schatten voraus. Aus Angst um die Rohstoffversorgung decken sich Handel und Industrie ein. Die Nachfrage nach fremden Geldsorten ist groß und dringend. Das Angebot aber ist gering. Der Reichsbank werden über die Pflichtenabfertigungen hinaus fremde Wechsel nicht zur Verfügung gestellt. Auf dem Markt wird wenig angeboten. Da aber infolge der schon seit Monaten anhaltenden Valutaverfälscherung die Ausfuhr erheblich gesteigert worden ist, muß man fragen, wo die große Zahl dieser Eingänge bleibt. Es ist eine schon aus früheren Zeiten des Valutarückganges bekannte Tatsache, daß mit dem Steigen der Devisenkurse die Exporteure mit den wertvollen Zahlungsmitteln zurückhalten. Im gegenwärtigen Augenblick wäre das ein Verbrechen gegen die Allgemeinheit, auf die der Valutasturz in seiner ganzen Schwere durch Verteuerung der Lebensmittel und Rohstoffe, durch Steigerung aller Warenpreise und durch die Verschlechterung der Reichsfinanzen abgewälzt wird.

Sind wir schon auf dem Punkte angelangt, daß unsere Währung vernichtet ist?

Bis vor wenigen Tagen ließ sich das Sinken der Valuta ausreichend damit erklären, daß infolge der Reparationen und der wachsenden, vorläufig noch ungedeckten Goldmarkverpflichtungen an die Entente das Mißtrauen gegen die deutsche Währung wuchs. Tatsachen, die sich nicht verheimlichen ließen, gaben den recht. Der Umlauf an Papiergeld schwoll auf 95 Milliarden, die schwedenden Schulden des Reiches auf 212 Milliarden an. Die Bewegung war aber keineswegs so überstürzt, daß sie eine Panikstimmung gerechtfertigt hätte. Die Spekulation tat zwar das Ihrige dazu, von dem steigenden Mißtrauen gegen die Mark ihrerseits zu profitieren. Aber der Niedergang blieb, von einzelnen Sturmfitzen abgesehen, immer noch in mäßigen Grenzen. Da kam der Beschluß des Völkerbundes über die Teilung Oberschlesiens. Ohne daß erit Erwägungen darüber angestellt wurden, wie hoch dieser Verlust wirtschaftlich zu bewerten ist, brach der Pessimismus durch. Derselbe Pessimismus, der der Reaktion in den Berliner Kommunalwahlen Reinhautausende von Stimmen einbrachte, richtete sich gegen die künftige Wirtschaft Deutschlands. Der Dollar stieg sprunghaft auf 120, 130, 145 und gestern zeitweilig auf 194! Das Ausland ging an dieser Tatsache nicht nur über und setzte seinerseits die für Mark gezahlten Preise herab.

Die Mark gilt knapp 2 1/2 Pfennige. Was das heißt, was darauf folgt, darin hat Deutschland nun schon einige Erfahrung. Es braucht des näheren kaum geschilert zu werden. Aber man fragt doch: Ist diese Entwicklung berechtigt oder nicht?

Wir haben einen Teil Oberschlesiens verloren, einen kostbaren, unerlöschlichen Teil der deutschen Wirtschaft mit den größten Zukunftsaussichten. Aber der wirtschaftliche Verlust wird nicht in den nächsten Jahren so sichtbar, wenn, was wahrscheinlich ist, der freie Rohstoffverkehr über die Grenze erfolgt. Wir haben eine schwere Einbuße an wirtschaftlicher Ausdehnungsfähigkeit, an Bodenschätzen, an Goldmark, an Zahlungsfähigkeit verloren. Das wird die Entente berücksichtigen müssen, oder aber sie wird die verminderte Kaufkraft Deutschlands für Jahrzehnte auf ihren Warenmärkten zu führen bekommen. Zahlung und Valutadumping oder Zahlungsmascheraktionen — ein drittes gibt es nicht. Das erkennen schon heute die einsichtigen Wirtschaftspolitiker jenseits des Kanals. Entscheidend kann also dieser Beweisgrund nicht dafür sein, daß die Mark heute kaum noch ein Drittel von dem gilt, was sie im Monat Mai dieses Jahres an Wert besaß.

Er kann es noch weniger sein, wenn man daran denkt, daß die Industrie ihr Kreditangebot für das Reich nicht zurückgezogen hat. Am 15. November sind keine Goldzahlungen fällig. Für spätere Termine kann Deutschland, sei es durch die Kredithilfe der Industrie, sei es durch die steuerliche Heranziehung des Sachbesitzes noch ganz oder mindestens teilweise zahlungsfähig gemacht werden. Die Politik loyaler Erfüllung, die mit dem Wiesbadener Abkommen in neue Bahnen geleitet wurde, ist also möglich, wenn unsere Vertragsgegner uns loyal entgegenkommen. Und es wird ihnen über kurz oder lang keine andere Wahl bleiben, nicht, weil sie vor der Boffenacwelt Ludendorffs zittern, sondern weil die ökonomischen Zusammenhänge hier zwingender wirken als je sonst.

Die Panik erklärt sich also nicht so sehr aus diesen Umständen als aus der Tatsache, daß der Besitz die Macht vor

der Markt angetreten hat. Die Papiermark ist steter Entwertung ausgesetzt, sie ist auch die Steuermark. Vor der Geldentwertung steht der Besitz nicht weniger wie vor den Steuern. Daher hat auch die Effektenbörse wieder eingeseht. Die Kurse der Aktien gingen stürmisch in die Höhe, die Spekulation ergreift immer weitere Volksteile. Und so sinkt der Wert des misachteten deutschen Papiers panikartig, der Sturz treibt die Lebensmittelpreise in die Höhe, zwingt die Notendrucke zu verschärfter Tätigkeit, senkt die Lebenshaltung der breiten Massen, an erster Stelle der Rentenempfänger, dann aber aller Arbeiter und Festbesoldeten ins Maßlose.

Aber es ist undenkbar, daß die Bewegung in diesem Ausmaß fortschreitet. Eben deswegen, weil die letzten Mittel für Finanzhilfe für das Reich noch gar nicht angewendet worden sind, ist es unmöglich, daß die Währung durch den neuerlichen Sturz ihres Wertes vernichtet ist. Es ist vielmehr mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß ein Rückschlag einsetzt. Gilt die Mark im Inland noch 6 bis 8 Pf., so kann sie nicht im Ausland auf 2 Pf. stehen bleiben. Sie muß steigen, während die innere Geldentwertung, durch die Preise der Auslandsstoffe bedingt, erst allmählich fortschreitet. Im Mai vorigen Jahres hat dieser Rückschlag nach einer Markpanik zu einem schweren Rückgang der Konjunktur geführt. Geschicht das jetzt, so werden diejenigen, die sich jetzt am Übermaß des deutschen Volkes reich machen wollen, verlieren und es wird die Reinigung des Volkes von denen, die es bewuchern, eintreten. Je größer jetzt die Panik, desto gründlicher dann der Rückschlag, desto größer die Zahl derer, die dann auf der Strecke bleiben. Sie haben es nicht besser verdient.

bleibt nur die Frage, wie lange sich das Volk diesen Raubbau an der Arbeitkraft — denn das ist letzten Endes die fortgesetzte Herabdrückung seiner Lebenshaltung — ansehen soll. Mit der Verzögerung der Kredithilfe, die eine Erfassung der Goldwerte vermeiden sollte, haben die Unternehmervereine hier eine Mitschuld an der Panik auf sich geladen. Wartet man noch länger zu, so wird die Mark weiter hinabgleiten. Die Regierung, die ihr mit einer beschleunigten Erfassung des Sachbesitzes steuern könnte, hat mit der Ueberwindung der politischen Krise zu tun, die den Demokraten so gut gefällt. Der Dollar sinkt indessen.

Kein Zweifel: So geht es nicht weiter. Die Regierung hat beschleunigt auf die Erfassung der Goldwerte hinzuwirken, um die Notendrucke anzuhalten. Sonst wird auch sie mit Schuld an der Vernichtung der deutschen Kauf- und Zahlkraft. Kommen die Unternehmer ihr auf halbem Wege entgegen, um so besser. Die Zeit zu Blaubeerstunden von Sachverständigen ist jetzt nicht mehr da. Inzwischen aber ist für eine Erfassung der Spekulationsgewinne bei dem großen Marktrampf zu sorgen. Wo bleibt die erhöhte Devisenumsatzsteuer?

Die Behandlung der Gnadengesuche.

Berlin, 17. Oktober. (WZ.) Dem Reichstag ist die in der Entschließung vom 26. Februar 1921 gewünschte Statistik über das Ergebnis der Prüfung von Gnadengesuchen, für welche die Zuständigkeit des Reichs gegeben ist, nunmehr zugegangen. Nach dieser Zusammenstellung hat der Reichspräsident im Rechnungsjahr 1920 über insgesamt 6090 Gnadengesuche eine Entscheidung getroffen; davon betrafen 413 Fälle Urteile militärischer Gerichte und 1977 Fälle Urteile ziviler Gerichte (Reichsgericht und außerordentliche Gerichte). Von den ersteren wurden in 2526 Fällen Gnadenerweise (Straferlaß, bedingter Straferlaß, Kürzung der Strafdauer, Umwandlung in mildere Straforten, Wegfall von Nebenstrafen) ausgesprochen, in 1587 Fällen erfolgte Ablehnung des Gnadengesuchs. Von den Fällen der bürgerlichen Gerichte betrafen 30 Urteile das Reichsgericht; von diesen wurden 9 durch Gnadenerweise, 21 durch Ablehnung erledigt. 1947 Gesuche bezogen sich auf

Urteile der außerordentlichen Gerichte; in 290 dieser Fälle wurde ein Gnadenerweis abgelehnt, in 963 Fällen ein Gnadenerweis ausgesprochen, und 694 Fälle erledigten sich durch das Amnestiegesetz vom 4. August 1920.

Zwischenfall in der Mordaffäre Erzberger.

München, 17. Oktober. (WZ.) Die „München-Augsburger Abendzeitung“ veröffentlicht folgendes Privattelegramm aus Offenbourg: In der Untersuchung der Mordaffäre Erzberger ist ein neuer Zwischenfall eingetreten. Zwei Berliner Polizeibeamte, die die handschriftlichen Aufzeichnungen der getöteten Täter über ihre Namen und ihre Wohnung gefunden haben sollten, sind vom Dienst suspendiert und gegen sie ist ein Verfahren wegen Betruges eingeleitet worden. Das Ermittlungsverfahren wird von der Staatsanwaltschaft Offenbourg geführt.

Dieses reichlich unklare Telegramm wird hoffentlich baldigst durch eine Aufklärung von amtlicher Stelle erläutert.

Pyrmont für Anschluß an Preußen.

Hannover, 17. Oktober. (WZ.) Bei der gestrigen Volksabstimmung über den eventuellen Anschluß Pyrmonts an Preußen wurden, wie der „Hannoversche Kurier“ mitteilt, bei 55 Proz. Wahlbeteiligung 2546 Stimmen für und 640 Stimmen gegen den Anschluß an Preußen abgegeben. Die Entscheidung unterliegt nun noch der Abstimmung in den beiden Landtagen von Waldeck und Preußen.

Die Abstimmung hat ein Ergebnis gezeitigt, wie wir es auf Grund der aus Pyrmont vorliegenden Nachrichten schon vor längerer Zeit ankündigten. Es ist nicht zu erwarten, daß die Landtage an diesem Ergebnis, das auf demokratischem Wege zustande gekommen ist, etwas ändern werden, so daß dem Anschluß Pyrmonts an Preußen verfassungsrechtlich nichts mehr im Wege steht.

Scholems Haftentlassung abgelehnt.

Der Geschäftsausschuss des Preussischen Landtages hielt am Montag nachmittag um 4 Uhr eine Sitzung ab, um sich mit dem Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung des Abg. Scholem zu beschäftigen. Gleichzeitig stand der Antrag des Oberreichsanwalts auf Genehmigung der strafgerichtlichen Verfolgung und Inhaftnahme des Abgeordneten Scholem wegen der Veröffentlichung der „Roten Fahne“ vom 13. Mai auf der Tagesordnung. In dieser Nummer der „Roten Fahne“ waren gefälschte, angeblich aus dem Reichswehrministerium und anderen Reichsstellen stammende Erlasse abgedruckt. Der Ausschuss sprach sich lebhaftes Befremden aus, daß der Antrag des Oberreichsanwalts erst am 13. September, also volle vier Monate nach der Veröffentlichung der „Roten Fahne“, gestellt worden sei. Der Ausschuss hat nach eingehender Debatte beschlossen, dem Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung des Abg. Scholem nicht stattzugeben. Ferner hat er beschlossen, der Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung auf Antrag des Oberreichsanwalts stattzugeben, jedoch die Inhaftnahme in diesem Falle abzulehnen.

Einer weiteren Privatklagesache gegen den Abg. Severing wegen Beleidigung hat der Ausschuss die Genehmigung zur Durchführung nicht erteilt.

Dreschflegelpolitik.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtags leitete am Montag seine Beratungen über den Haushalt des Finanzministeriums und des Ministerpräsidenten fort. — Abg. Peters-Hochmann (Soz.) wandte sich gegen die Äußerungen, die Minister Stegerwald am Sonnabend auf dem Deutschen Handlungsgesellschaftentag in Essen getan hat. Nicht die Sozialdemokratie treibe eine „Dreschflegelpolitik“, wie Stegerwald sagte, sondern die Monarchisten treiben sie gegen die Republik. Stegerwald hat sich immer mehr in deutschnationalem Sinne entwickelt. Seine Haltung begegnet in der Arbeiterschaft wachsendem Mißtrauen. Bergarbeiter und Eisenbahner haben schon mit Arbeitseinstellung gedroht, wenn nicht gegen den schamlosen Kartoffelwucher eingegriffen wird. Es herrscht keine freie, sondern eine wilde Kartoffelwirtschaft. Frühere Zuchtgebiete exportieren und importieren gleichzeitig Kartoffeln. Ueberall herrscht größtes

Durcheinander. Der Verband der Zuckerindustriellen hält den Zucker in wucherischer Absicht zurück. — Nachdem Abg. Meyer (Komm.) die Kartoffelfrage und die oberächselische Entscheidung besprochen hatte, erklärte Ministerpräsident Stegerwald, er habe die Uebergriffe der Großhamburger-Bewegung mit allem Nachdruck zurückgewiesen. Auf dem Handlungsgesellschaftentag in Essen habe er gesagt, die rechtsstehenden Kreise müßten sich damit abfinden, daß zurzeit die Republik die für Deutschland gebene Staatsform sei; was später einmal wird, ist nicht die Sorge von heute. Man soll aber nicht alle Augenblicke die rechtsstehenden Kreise mit dem Dreschflegel vor den Kopf schlagen. Abg. Braun (Soz.) besprach die Kartoffelsteuerung und war für eine größere Zusammenfassung des Reiches als Verwaltungskörper. Stegerwalds Haltung in dieser Frage sei richtig. Abg. Schölich (Soz.) erhob Vorwürfe gegen die Agitation katholischer Geistlicher in Oberschlesien zugunsten Polens.

Die Attentäter von Lüdenscheid verhaftet.

Wie die PPA. erfahren, sind die Täter, die das Attentat auf Stresemann nach seiner Rede auf dem Lüdenscheider volksparteilichen Parteitage verübt haben, verhaftet worden. Es sind im ganzen fünf Personen und sämtlich eingeschriebene Mitglieder der SPD. Die Hauptperson, von der auch die Schüsse abgegeben worden sind, ist ein gewisser August Schmidt.

Hohenzollernprinz und Finanzminister.

Gestern wurde der erste der zwischen dem Preussischen Finanzministerium und dem vielgenannten Prinzen Friedrich Leopold schwebenden Prozesse verhandelt. Obwohl der Vertreter des Finanzministers alle Schuld am Streit auf einen sich im Rechtsirrtum befindenden Dezerenten abschoß und die Klagebehauptung der Vertragsverletzung und der Vertragsandrodung zurücknahm, verurteilte das Gericht das Finanzministerium dennoch. Der Vertreter des Prinzen bat darum, weil nach seinen bisherigen Erfahrungen die abgegebenen Erklärungen ihm nicht den erforderlichen Schutz gewähren könnten.

Wir kommen auf den merkwürdigen Prozeß noch zurück.

Reparationsverhandlungen mit England?

London, 17. Oktober. (WZ.) Der „Daily Mail“ zufolge finden gegenwärtig bedeutsame Besprechungen zwischen dem englischen Auswärtigen Amt und der deutschen Regierung statt. Die Verhandlungen betreffen die Form, in der Deutschland sich seiner Reparationsverpflichtung gegenüber England in diesem Jahre entledigen soll. Wie erinnert, schuldet das Deutsche Reich England eine Barleistung in Höhe von 47 Millionen Sterling. Namens der deutschen Regierung hat Minister Dr. Rathenau in London den Vorschlag unterbreitet, diese Zahlung teilweise durch Sachleistungen abzugelten. Dieser deutsche Vorschlag bildet den Gegenstand der gegenwärtigen deutsch-englischen Besprechungen. „Daily Mail“ bemerkt zu diesen Verhandlungen, daß gewisse Kreise der deutschen Industrie zwar der Meinung seien, Sachleistungen an England würden den Kurs der Mark ungünstig beeinflussen, daß jedoch mehrere deutsche Minister sich zugunsten dieser Zahlungsmodalität ausgesprochen und darauf hingewiesen hätten, daß die englischen Industriellen durch ein Sachleistungsabkommen in den Stand gesetzt würden, sich bestimmte Materialklassen und Maschinen zu sichern, die sie sich gegenwärtig anders nicht beschaffen könnten.

Moskau schließt aus.

Rom, 17. Oktober. (WZ.) Der sozialistische Kongress in Mailand hat den auf Ausschließung der Reformisten aus der Partei abzielenden Antrag Lazaris abgelehnt. Infolgedessen hat der Moskauer Vertreter erklärt, daß die Partei nicht mehr zur dritten Internationale gehöre.

Er mordung eines polnischen Beamten in Moskau. Am Sonntag ist in Moskau der Sekretär der polnischen Reparationskommission Gradwicz ermordet worden. Der polnische Außenminister hat dem Gesandten Instruktionen über die einzuleitenden Schritte zugehen lassen.

Josef Ruederer zum Gedächtnis.

Josef Ruederer ist schon sechs Jahre tot, aber in diesem Monat, in dem er seinen 60. Geburtstag gefeiert hätte, lebt die Erinnerung an dieses urwüchsige und eigenartige Talent mit neuer Stärke auf. Ruederer gehört zu jenen echten Künstlern, deren wahres Leben erst nach ihrem Tode beginnt, und so wenig ihm seine Gegenwart gerecht wurde, so viel wird sich noch die Nachwelt mit ihm beschäftigen, wenn sie allmählich die Schätze erkennt, die in seinem Werk und in seinem Nachlaß aufgespeichert sind. Was wir an Ruederer verloren haben, das offenbart sich erst jetzt, da wir die Reihe seiner „Gefammelten Werke“ überlesen, da aus seinem Nachlaß so meisterhafte Dichtungen wie das Bruchstück seines Münchener Romans und die Komödie „Prinz Dicheim“ hervorgetreten sind. Ruederer wird auch fortleben als der schärfste und überlegenste Schilderer Münchens während seiner Entwicklung zur Großstadt, denn er war mit der Geschichte seiner Vaterstadt durch das Schicksal seiner Familie aufs engste verknüpft. Aber so wenig er auch in die Fußstapfen seiner Gewerbe- und Handel treibenden Vorfahren trat, so war er doch echtes Fleisch und Blut von ihnen, ein Bayer durch und durch, ein Münchener Bollbürger mit dem Selbstbewußtsein und der Selbstironie der „Gwappstein“, wie der Münchener seine Patrizier nennt. „Das Schnaderhansle, das Spielereiche, das die Oberbayer an sich haben, sah mir im Blute“, sagt er selbst, „wie die Renommiererei, die Taten erlegen soll. Allerdings, ich erlappte mich jedesmal dabei, wenn ich so aufdrehte. Als Kind schämte ich mich, mit 20 Jahren ärgerte ich mich, als Dichter spottete ich darüber. Ja, ich betrachtete und betrachte die schonungslos Hochachtung unserer ewigen Heldtrilogie, die mir schon so manchen Stoff geliefert hat, als meine ganz besondere Aufgabe. Trotzdem werde ich selber so wenig ganz von ihr loskommen, wie Tartarin von seinen Phantasien.“

Ruederers erster großer Erfolg, das ausgezeichnete Lustspiel „Die Fahnenweiche“, ist eine solche lachende und doch bitter ernste Verpötlung aller schönfärblichen Unwahrheit, mit der man Bauerntum und dörfliches Leben so lange betrachtet. Dann zeigte Ruederer in einigen Profamerken, besonders in den großartigen „Tragikomödien“, die Kraft seiner Darstellung und die Größe seines Stils. Im mühevollen Ringen hat er um seine Werte gekämpft und in seinem Schaffen einen so hohen künstlerischen Ernst bewiesen, wie er selten ist. Dieses Nichtfertigmwerden mit der Gestaltung, dieses beständige Neuschaffen und Neufenen, das in den verschiedenen Fassungen seiner Dramen, der Komödie „Morgensrot“ und der mächtigen Tragödie „Der Schmied von Kochel“ zum Ausdruck kam, bildet die geheime Tragik dieses ganz der Kunst geweihten Lebens. So mußte er es erfahren, daß er dem Publikumsgeschmack stets voraus war. Vielleicht hätte dieser kraftvolle Dramatiker aber doch sein höchstes im Epischen gegeben, denn der Roman „Das Erwachen“, der erste und allein vollendete Teil jenes großen Münchener Romans, in dem er die Geschichte der so heiß geliebten und so tief erkannten Stadt mit der Entwicklung seiner Familie verbinden wollte, ist sein Meisterwerk.

„Ueber Ruederers Ehrlichkeit als Künstler ist kein Wort zu verlieren: Ne war über jedes Lob erhoben“, hat der ihm verwandte

Wilhelm Wegand in seiner Grabrede schön gesagt. „Den meisten galt er als Realist; aber die Werke seiner Mannesjahre zeigen eine Fülle der Gesichte, aus denen ein ausgeprägter Phantasienreichspricht. Als Mensch und Dichter war Josef Ruederer in mancher Hinsicht das, was Goethe eine Natur zu nennen pflegte, und zwar mit einem deutschen dämonischen Einschlag.“

Ein Versuch im Deutschen Opernhaus. Die neuen technischen und Beleuchtungsanlagen, die bei der Erstaufführung des „Fliegenden Holländer“ in der Charlottenburger Oper zur Anwendung kommen sollen, wurden gestern vormittag einem geladenen Publikum vorgeführt. Ein Rundgang durch sämtliche Räume des Hauses ging voraus. Man sah die neuen praktisch angelegten Stammisbüros, die Dekorations- und Garderobemagazine, die Kostümmagazine, von deren eisenkammerdem Inhalt die Alliierten hoffentlich keine Kenntnis erhalten, und die Künstlergarderoben. Man beobachtete die Tischler, Maler und Schneider bei der Herstellung und Ausbesserung der Dekorations- und Kostüme, und versuchte, ohne es zu wollen, eine Schar jugendlicher Ballettensees, die gerade beim Morgentraining waren.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich naturgemäß auf die neue Beleuchtungsanlage. Der alte, jetzt beiseitegesetzte Apparat (Fortunungsapparat) arbeitete mit Bogenlicht und indirekter Farbgebung durch Reflexe, während die neue Anlage ihre Wirkung mit Glühlampen erzielt, die ihr farbiges Licht direkt auf den Ruppelhorizont der Bühne werfen. Die Lampen sind an zwei Stahlrohrgestellen aufgehängt und diese wiederum an einem eisernen Beleuchtungsrahmen befestigt, der derart mit dem Ruppelhorizont verbunden ist, daß er jeder horizontalen Bewegung der Ruppel folgt, so daß die Lichtwirkung in jeder Stellung des Ruppelhorizonts genau die gewünschte verbleibt, im Gegensatz zu der festen Fortunungsanlage, deren Wirkung aufhörte, wenn der Ruppelhorizont sich in seiner Stellung zu der Beleuchtungsstation veränderte.

Im Mittelpunkt des umgebauten Beleuchtungssystems, gleichfalls an dem bewiesenen Beleuchtungsrahmen montiert, befindet sich der zweietagige Wolkensapparat, der es ermöglicht, in greifbarer Naturgröße Wolkengestalten auf den Ruppelhorizont zu werfen und sowohl in horizontaler als auch in aufsteigender Richtung zu bewegen.

Zum Schluß wurde ein Akt des „Fliegenden Holländer“ vorgeführt, und man erhielt einen Begriff von den Wirkungen der neuen Apparate. Der Abendhimmel über dem Meer, die aufziehenden, sich zusammenballenden, auseinanderziehenden, in Wildweh, düsterem Grau und tiefem Braun leuchtenden Wetterwolken boten in der Tat ein Schauspiel, in dem frapperende Naturtreue mit überirdisch märchenhaftem Stimmungsauber sich paarte. Wenn die musikalischen Leistungen diesen jenseitigen Reizen ebenbürtig sind, dann erwartet die Besucher des „Fliegenden Holländer“ ein genuin-reicher Abend.

Wissenschaft und Sport. Mitte Mai dieses Jahres, sobald die Hochpässe des Himalaja gangbar werden, ist eine englische Expedition von Darcschilling, der Sommerresidenz des Bizekönigs von Indien in den Vorbergen des mittleren Himalaja, nach dem Gebiet

des höchsten Berggipfels der ganzen Erde, des wahrscheinlich 8840 Meter hohen Mount Everest an der Grenze von Tibet und Nepal, aufgezogen. Sie ist auf mehrere Jahre berechnet, und in diesem Jahre soll sie vor allem die noch vollkommen unbekannte Umgebung des Berggipfels erforschen und die besten Aufstiegswege ermitteln, jedoch soll auch eine besondere Kletterabteilung schon so hoch als möglich zu gelangen suchen. Die Expedition hat also neben dem wissenschaftlichen auch noch ein sportliches Ziel, und das sichert ihr das Interesse weiterer Volksteile. Die höchste bisher von Bergkletterern erzielene Meereshöhe beträgt 24.600 Fuß oder 7400 Meter, der Herzog der Abruzzen errichtete sie am Bride Paef, ebenfalls im Himalaja. Ob der Mensch trotz aller künstlicher Hilfsmittel, wie Sauerstoffzufuhr, aus eigener Kraft überhaupt nennenswert höher gelangen kann — Freiballonsfahrer und Flieger sind bekanntlich schon mehrere 1000 Meter höher gelangt —, ist freilich sehr zweifelhaft. Wie dem aber auch sei, das Interesse des sportliebenden Engländer ist gewandt, und um es wachzuhalten, schickt der Leiter der Expedition alle 8 bis 10 Tage eine lange Kabeldepesche über die Fortschritte des Unternehmens an die Geographische Gesellschaft in London, die durch besondere Käufer hunderte von Meilen weit über die Hochpässe und über reisende Gebirgsströme hinweg zu der nächsten Telegraphenstation befördert werden muß. Diese Kabeldepeschen werden sofort in den „Times“ veröffentlicht, und die übrige Presse darf sie 24 Stunden später nachdrucken. Außerdem werden die von der Expedition gewonnenen Photographien sogleich nach London geschickt, dort öffentlich ausgestellt und in Auswahl sofort den illustrierten Blättern zur Verfügung gestellt.

Je nader — desto stiller! Bei den Weibern in Zentralafrika erregt das wachsende Bedürfnis der Eingeborenen nach europäischer Kleidung starkes Unbehagen. „Jeder alte Afrikaner weiß“, so schreibt der „Congo Star“, daß die Moral der Eingeborenen, seien sie männlichen oder weiblichen Geschlechts, in umgekehrtem Verhältnis zu dem Kleidervorrat steht, den sie haben. Man hat den Eingeborenen des Kongo immer ihre odliche Bedürfnislosigkeit in diesem Punkt vorgeworfen und gesagt, sie zügen am liebsten überhaupt nichts an. Das hat sie nicht gehindert, ein ganz seines sitzliches Gefühl und wirkliches Empfinden für Anstand zu besitzen. Nichts ist so geeignet, ihnen diese Eigenschaften zu nehmen, als wenn man sie in europäische Kleidung steckt.“

Die „ganz feine“ Sittlichkeit scheint doch eine recht komplizierte Angelegenheit zu sein. Am Kongo verlangt sie das Radtöchen und bei uns kann sie nur in Flanellhosen und Wattenröcken ihre Blüten entfalten.

Wissensgang. Am 21., 22. und 23. Oktober d. J., abends 6 Uhr, hält Dr. Ulrich einen vollständigen Vortrag über Epilepsie- und Krampfgebrechen der Umgebung Berlins mit farbigen Lichtbildern und Ausstellung im Botanischen Museum in Dahlem. Karten zum Einzelvortrag 2 M., 3 M. für den Vortrag beim Vortrager.

Musik. Am dem 17. Oktober d. J. Abend des Wälder-Dresdners am Mittwoch, den 19., 7½ Uhr, in der Operette Friedrichshagen, gelangt u. a. die „Ruhelnder Suite“ zum Vortrag. Karten zu 3 M. bei Verteln, Hofk., Götterstr., an der Altschule.

Barthel in Gostrowitz. Am Laufe des November wird nach Meldungen der Sowjetpresse Maria Barthel in der Partien-Theater in Petersburg in mehreren Opern gastieren.

Ergebnislose Sitzung des Botschafterrates.

Paris, 17. Oktober. (WZ.) Havas meldet: Die Sitzung der Botschafterkonferenz, die heute nachmittag wegen der Inkraftsetzung der Empfehlung des Völkerbundes über Oberschlesien stattfinden sollte, wurde verlagert. Sie wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Es wurde in der Tat für erforderlich gehalten, eine juristische Prüfung der Frage vorzunehmen, und man erwartet die Ankunft des englischen Juristen Mating. Lord Hardinge, der an den letzten Sitzungen der Konferenz nicht teilnahm, fährt morgen nach Paris zurück.

Es wäre verfehlt, aus dieser oder ähnlichen Meldungen irgendwelchen Optimismus zu schöpfen. Eine Hoffnung, daß die Genfer Entscheidung noch eine Abänderung erfahren könnte, besteht leider kaum noch, nachdem England so kategorisch hat wissen lassen, daß es den Spruch des Obersten Rates annehmen würde.

Indessen muß darauf hingewiesen werden, daß gewisse Unstimmigkeiten zwischen Paris und London über die Ausführungsfragen noch immer bestehen. Dies wurde auch in einem „diplomatischen Lagebericht“ der Havas-Agentur, den wir in unserer Sonderausgabe am Montagvormittag veröffentlichten, zugegeben. Der Gegensatz dreht sich um die Frage, ob die Empfehlung des Völkerbundes ein unteilbares Ganzes bildet oder ob die Grenzziehung und wirtschaftliches Regime zwei voneinander unabhängige Vorschläge sind. England vertritt die erste, Frankreich die zweite Auffassung. England stützt sich dabei auf den Friedensvertrag, der zwar eine Grenzziehung vorsehe, aber kein wirtschaftliches Regime, das den beiden Ländern, Deutschland und Polen, aufgezwungen werden könnte. Ueber diese Wirtschaftsabmachungen müßte zuerst ein Einverständnis zwischen Warschau und Berlin erzielt werden, und in London zweifelt man dieserhalb an dem guten Willen Polens. Daher will England die Notifizierung der Grenze solange hinausschieben, bis dieses Einverständnis durch direkte Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau erreicht ist.

Frankreich dagegen möchte offenbar sobald wie möglich diese für die eigene Politik unverhofft günstige Entscheidung des Rates sanktioniert sehen und unter Dach und Fach bringen. Es kann sich aber der Stichhaltigkeit der englischen Rechtsbedenken nicht völlig entziehen und schlägt daher vor, daß die neue Grenzlinie in Berlin und Warschau formell mitgeteilt und daß der Wunsch ausgesprochen werde, daß die beiden Länder sich innerhalb eines Monats über das wirtschaftliche Regime verständigen. Man will dabei, wie sich Havas ausdrückt, „an die Weisheit der beiden Völker appellieren“.

Daraus geht hervor, daß auch Frankreich etwas in Verlegenheit geraten ist, wo es gilt, die Rechtmäßigkeit des Genfer Spruches zu beweisen. Aber was bedeuten für den Quai d'Orsay Rechtsbedenken gegenüber einem diplomatischen Erfolg? Man verfährt ja dort über jene dienstbesessenen Taschenspieler, auch „juristische Sachverständige“ genannt, die bereit sind, zur höheren Ehre ihres Landes die Rechtmäßigkeit einer jeden Rechtsbeugung zu „beweisen“ und zu „begründen“. Wir wissen, daß Proteste in einer Welt zwecklos sind, wo die militärische Gewalt noch allein ausschlaggebend ist, aber wir müssen dennoch feststellen, daß der Genfer Spruch ein neues Glied in jener Kette bildet, die in Versailles mit der Verletzung der 14 Wilsonschen Punkte begann und später mit der Befestigung des Maginot, mit der „Vollstimmigkeit“ in Eupen und Malmédy, mit den militärischen Sanktionen am Rhein u. a. m. fortgesetzt wurde. Wir geben uns auch nicht der Illusion hin, daß mit dem neuen am deutschen Oberschlesien begangenen Rechtsbruch die Zahl der Vertragsverletzungen beendet sein wird. Es ist der Fluß der bösen Tat, die in den Tagen der Pariser Friedensverhandlungen im Jahre 1919 verübt wurde, daß sie immer weitere Ungechtigkeiten und Rechtswidrigkeiten erzeugt.

Daher sehen wir ohne jede Hoffnung der Ankunft des englischen juristischen Sachverständigen Mating in Paris entgegen. Wir zweifeln nicht daran, daß er sich schließlich mit seinen französischen Fachkollegen über eine „formel“ einigen wird, mit der man das Schicksal des ober-schlesischen Volkes im Namen des internationalen Rechtes besiegeln wird.

Ob aber damit die Akten der Weltgeschichte über das ober-schlesische Problem auch nur einseitig geschlossen werden, das wird nicht allein von uns bezweifelt, schon dringen aus London und sogar aus Paris, von allen anderen alliierten und neutralen Hauptstädten gar nicht zu sprechen, sorgenvolle Stimmen zu uns. Die Erklärungen Balfours, die wie die Beichte eines unruhigen Gewissens klangen und deren Offenheit nicht unsympathisch anmutete, spiegeln diese Befürchtungen eindrucksvoll wieder. Soweit sie an die Vernunft des deutschen Volkes appellierten, brauchen wir nicht zu betonen, daß wir schon in früheren Schicksalstagen vor selbstmörderischen Verzweiflungsausbrüchen gewarnt haben. Aber wir verhehlen nicht, daß wir recht trübe in die Zukunft blicken.

Eine halbamtliche englische Aeußerung.

London, 17. Oktober. (WZ.) Wie Reuters Bureau erzählt, hat der Botschafterrat noch keine Mitteilung an Deutschland und Polen bezüglich der neuen schlesischen Grenze ergeben lassen. In der Mitteilung heißt es weiter: Es kann keine Rede davon sein, die Entenstruppen zurückzuziehen, ehe nicht eine Kommission an Ort und Stelle die neue Grenzlinie festgestellt hat. Dies kann vielleicht eine Verzögerung von einigen Wochen bedeuten. Es wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen im Interesse beider Parteien getroffen sind und daß es unter den obwaltenden Umständen für unfaßbar gehalten wird, daß die unmittelbaren Beteiligten nicht die Bedingungen annehmen und ihr Bestes tun, um sie zu erfüllen, vom politischen Standpunkt aus gilt die ganze Angelegenheit für beendet, obwohl noch kleine Einzelheiten festzusetzen sind.

Heute redet Lloyd George.

Bestern abend fand in London eine Kabinettsitzung statt, in der das Programm der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit festgelegt wird, das heute dem wieder zusammentretenden Unterhaus vorgelegt wird. Man erwartet für heute eine große Rede Lloyd Georges im Unterhaus über die Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage in Europa. Der Sturz der Mark dürfte dabei auch zur Sprache kommen, ebenso die Lösung der ober-schlesischen Frage.

Auch das französische Parlament tritt heute wieder zusammen. Es wird in einer der ersten Sitzungen der Kammer auch eine große Rede Briands erwartet. Dafür sorgen schon die bereits angekündigten Interpellationen der clemencistischen Opposition.

Polen wünscht Vereinbarung.

Warschau, 17. Oktober. (WZ.) Am Sonnabend hat bis in die späten Abendstunden hinein eine Konferenz des Staatschefs Pilsudski mit dem innerhalb des polnischen Kabinetts gebildeten „Politischen Komitee“ stattgefunden. Die Verhandlungen galtten der ober-schlesischen Frage. Ueber das Ergebnis ist nichts bekannt. Indessen ist es bezeichnend, daß offenbar auf Grund höheren Orts ausgegebener Direktiven die polnische Presse ihre bisherige Haltung gegenüber der Genfer Entscheidung in auffälliger Weise verändert. Sie hat es aufgegeben, Mehrforderungen in Oberschlesien anzumelden und versichert nunmehr, die Grenzfrage sei endgültig erledigt. Sie richtet jetzt ihr Hauptaugenmerk auf das gemeinsame Wirtschaftsregime des geteilten Industriegebiets. Charakteristischerweise führt der „Kurjer Poranny“ (Morgenkurier) aus, es läge die Gefahr eines deutschen Boykotts vor. Polen müsse, mit den Großmächten zusammenwirkend, darauf hinstreben, einen Modus vivendi mit Deutschland zu finden. Polen müsse dabei in Rechnung stellen, daß künftig auch gegenüber Deutschland eine größere Harmonie der englischen und französischen Politik zu erwarten sei. Es werde Polens Aufgabe sein, darauf hinzuwirken, daß Oberschlesien keine eiternde Wunde des Kontinents bleibe; die Politik der Regierung müsse entschieden, ruhig und verständlich sein. Sache der Presse sei es, die Regierungspolitik nicht zu erschweren. Sicheren Informationen nach können diese Aussagen des „Kurjer Poranny“ als inspiriert gelten.

Schwedischer Pessimismus.

Stockholm, 16. Oktober. (WZ.) Professor Gustaf Cassel bezeichnet im „Svensta Dagbladet“ den Teilungsplan Oberschlesiens als ein neues folgenschweres Beispiel für das durch den Versailler Frieden inaugurierte politische und wirtschaftliche Auflösungsprogramm. Ein wirtschaftlich einheitlich organisierter Staat sei ein Gebilde, womit verständige Menschen rechnen und das sie ausbauen. Man verstände sich an der Natur des Wirtschaftslebens, wenn man nach Gutdünken alte Verbindungen abschneide. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde der neue Teilungsplan dazu führen, daß ein weiterer ökonomisch überaus wichtiger Teil Europas verarme. Desterreichs Beispiel hätte abschreckend wirken müssen. Die Folge werde der Zusammenbruch des Schadenerschulplanes und ein neues politisches Chaos sein, das sehr, sehr bald die bisherigen geringfügigen Wiederaufbauversuche Europas lahmlegen werde.

Die Diebstahlsaffäre im Reichsarchiv.

In der Diebstahlsangelegenheit von Geheimrat im Reichsarchiv auf dem Grauhausberg in Potsdam ist es der Potsdamer Kriminalpolizei gelungen, einen gewissen Angestellten Cieske der Abwicklungsstelle Spandau zu überführen und zu verhaften. Cieske gibt zu, in den letzten drei Monaten sich zehnmal ins Reichsarchiv eingeschlichen und Aktienstücke, die wichtig für unsere Feinde seien, gestohlen zu haben. Cieske gibt ferner an, daß er im Auftrag des Redakteurs Wandt von der „Freien Presse“ gehandelt habe, dessen Verhaftung von uns bereits gemeldet wurde. Für jedes Aktienstück will er von Wandt 100—200 M. erhalten haben.

Die Bewegung in der Metallindustrie.

Die Afsunktionsäre der Metallindustrie nahmen gestern in Überdoller Versammlung den Bericht von Fritz Schmidt über den Gang der letzten Verhandlungen mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen entgegen. Zu dem Resultat ist als wesentlich noch folgendes zu bemerken: Es wird in der endgültigen Formulierung festgelegt werden, daß die Erhöhung der Grundgehälter um 60 M., die durch Schiedsspruch vom 21. Dezember 1920 erfolgt ist, bei den in Betracht kommenden Gruppen beibehalten wird. Auf diese Grundgehälter wird für den Monat Oktober der Schiedsspruch vom 7. Oktober anzuwenden, das heißt, auf die sich so ergebenden Grundgehälter erhalten als Teuerungszuschlag im Oktober die Angestellten 150 Proz., die Inaugendlichen (Lehrlinge) 130 Proz. Die Erhöhung auf 170 Proz. für November und Dezember gilt dagegen in sämtlichen Gruppen, also auch für die Lehrlinge. Es ist hier der Wisa gelungen, die unterschiedliche Behandlung der Lehrlinge in den Prozentzuschlägen zu beseitigen — Die im Tarif ausgeführten Grundgehälter der Gruppen Cb und Cc werden ab 1. November 1921 um 60 M. erhöht. Die Erhöhung der Grundgehälter kommt den unter diese Gruppen fallenden Angestellten inwieweit zugute, als sie nicht bereits vorher schon von der Firma gewährt worden ist.

Gegen wenige Stimmen angenommen wurde eine Resolution, die die erzielten Zugeständnisse im Hinblick auf die zunehmende Verringerung der Kaufkraft unserer Mark als völlig ungenügend bezeichnet, sich für gleichmäßige (nicht prozentuale) Teuerungszulagen erklärt und weiter sagt: „Unter Würdigung der gegenwärtigen Lage nehmen die Funktionäre auf Wunsch der Organisation die schwere Aufgabe auf sich, ihren Auftraggebern die gebotenen Zugeständnisse zur Annahme zu empfehlen.“ Die Resultate der Urabstimmung müssen bis Donnerstag, 4 Uhr, im Bureau der Wisa sein.

Der interalliierte Marktfond. Das Höcker Kreisblatt ist wegen eines Artikels „ein neues Ufa-Votbringen“, in dem die Entscheidung des Völkerbundes kritisch beleuchtet wurde, auf drei Tage verboten wurde.

Der neue mittelamerikanische Staat. Nachdem im Januar dieses Jahres die Regierungen von Honduras, Guatemala und San Salvador übereingekommen waren, zugunsten eines staatlichen Zusammenschlusses auf ihre Souveränität zu verzichten, ist unter dem 10. Oktober der provisorische Bundesrat der „Central-amerikanischen Föderation“ formell an die Stelle der drei früheren Regierungen getreten. Der neue Staat umfaßt 100 000 Quadratmeilen (258 000 Quadratkilometer) mit 4 Millionen Einwohnern.

Wirtschaft

Wer hat Schuld an der Kartoffelnot?

Die Kartoffelpreise ziehen an, und mit der größten Besorgnis sehen die Verbraucher den strengen Frösten entgegen, die eine Verladung der Kartoffeln verhindern. Händler, die eine Knappheit an billigen Kartoffeln verspürten, und Agrarier, die ihre Preise heraussetzten, schoben die Schuld auf die Reichseisenbahn. Die Reichseisenbahnverwaltung hat nun zu den Vorwürfen Stellung genommen und dabei die Schuld entschieden in Abrede gestellt. Sie weist u. a. auf den niedrigen Wasserstand der Flüsse hin, der Wassertransporte unmöglich macht, und so den Güterverkehr der Eisenbahnen erheblich belastet, und auf die verkehrshemmenden Schwierigkeiten, die sich aus den Ententeforderungen ergeben, ferner aber auch auf die Zunahme des Stückgutverkehrs. Außerordentlich wichtig aber ist die Feststellung, daß im Oktober und September d. J. genau soviel Wagen für den Kartoffelverkehr gestellt worden sind als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Man erinnere sich daran, daß im vorigen Jahre für Brotgetreide noch die Zwangswirtschaft für Kartoffeln des Umlageverfahren in Geltung war. Die Vermutung scheint sich also zu bestätigen, daß die freie Wirtschaft zur Folge gehabt hat, daß die Waren auf den Bahnen spazieren gefahren werden, anstatt auf dem kürze-

sten oder zweckmäßigsten Wege zum Verbraucher zu gelangen. Es ist dabei zu bedenken, daß die Kartoffelernte in diesem Jahre nach der Erntestatistik erheblich geringer ist als im vorigen, gleichwohl ist die Eisenbahn mit der gleichen Zahl von Wagen nicht imstande, den Verkehr in der gleichen Weise abzuwickeln. Allerdings hat in diesem Jahre die Kartoffelernte früher begonnen als in anderen Jahren. Schon bei Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde darauf hingewiesen, daß die Reichseisenbahn unter den damals noch ungünstigeren Verhältnissen nicht in der Lage sein werde, den planlosen Eisenbahntransporten des freien Handels Genüge zu tun. Jetzt haben wir das Ergebnis der Rechnung: die Händler sitzen nach ihren Angaben mit wenig Kartoffeln da, und obwohl große Kartoffelmengen im Stückgutverkehr verladen werden, reichen die Wagen für die notwendigen Transporte nicht aus. Erschwerend kommt wohl hinzu, daß mit der Beförderung der Konjunktur in fast allen Gewerbezweigen die Anforderungen der Industrie an das Transportwesen erheblich gewachsen sind. Bedenkt man dabei aber noch, daß gleichwohl die Gesamtproduktion noch weit von ihrem Vorkriegsstande entfernt ist, so sieht man, wie unverantwortlich der Schritt in die freie Lebensmittelwirtschaft gewesen ist. Man hat eben die Interessenten der Produktion und des Handels gehört, sich aber um die Verteilungsmöglichkeit bei beschränkten Verkehrsmitteln nicht bekümmert. Man erkennt jetzt auch, wie begründet die Haltung der Sozialdemokratie gewesen ist, als sie gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft stimmte.

Es ist jedem Einsichtigen ohne weiteres klar, daß eine Wiederherstellung der Zwangswirtschaft kaum möglich ist, nachdem man ihre Organe abgebaut und die Preisbildung so sehr dem freien Markt überlassen hat, wie das in der letzten Zeit der Fall gewesen ist. Der fragwürdige Segen der freien Wirtschaft ergiebt sich jetzt über uns und es ist nur zu hoffen, daß die Schritte der Gewerkschaften beim Reichsernährungsminister wenigstens nach der Richtung Erfolg haben, daß allgemeine Höchstpreise für Kartoffeln der Preistreiber ein Ziel setzen. Dringend zu wünschen aber ist es, daß die Bestrebungen der Genossenschaften nach engerer Verbindung von ländlichem Erzeuger und städtischem Verbraucher noch energischer als bisher betrieben werden. Hier hat die Landwirtschaft die Möglichkeit, einen Teil des ungeheuren Schadens wieder gut zu machen, den sie zusammen mit den übrigen bürgerlichen Parteien durch die rückwärtslose Politik der freien Wirtschaft über die drei Rassen gebracht haben. Notwendig ist dazu allerdings auch, daß die Landwirtschaft ihren Widerstand gegen angelegene Höchstpreise fallen läßt und sich dabei nicht immer wieder auf die windigen Berechnungen der Indekskommission beruft. Mit gegenseitiger Anklage ist weniger geholfen als mit einem tatkräftigen Willen zur Abhilfe, der vor einer rückwärtslosen Verfolgung wucherischer Erzeuger und Händler nicht Halt machen darf.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss und der Ausfuhrabgabenausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats haben dem Antrag der Reichsregierung, die Ausfuhrabgaben durchschnittlich um 4 Prozent zu erhöhen, mit wesentlichen Änderungen zugestimmt. Es wurde beschlossen, für sogenannte Luxuswaren, das sind Waren, in denen ausländische Rohstoffe zur Verarbeitung kommen, oder solche Halbfabrikate, die zum Zweck der Wiederausfuhr eingeführt wurden, entsprechende Erleichterungen eintreten zu lassen.

Damit ist die Möglichkeit gegeben, einen Teil der ungeheuren Valutagewinne der Ausfuhr der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die vorläufige Regelung soll nach dem Antrag der Regierung später einer dauernden Neubearbeitung des Ausfuhrabgabentaris Platz machen. Angesichts des neurlichen Valutasturzes ist jedoch die Frage berechtigt, ob nicht der Beschluß des Reichswirtschaftsrats durch die Tatsachen längst überholt ist. Es wäre dringend zu fordern, beschleunigt einen erheblichen Teil der Ausfuhrgewinne den vom Valutasturm schwer betroffenen Reichsfinanzen nutzbar zu machen. Da wahrscheinlich noch der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags zu der Ausfuhrabgabenregelung Stellung nehmen wird, wird es Aufgabe der sozialistischen Parteien sein, dort eine Verschärfung der Ausfuhrbesteuerung zu bewirken.

Deutscher Ausverkauf. Mit der Verschlechterung der Valuta leidet der Ausverkauf Deutschlands verschärft ein. Die Schweizer Grenze mußte für den kleinen Grenzverkehr in Textilien gesperrt werden, weil valutastarke Nachbarn die babilischen Grenzorte vollständig an Bekleidungsstücken ausgekauft hatten.

Zusammenschluß der ober-schlesischen Zementindustrie. Der Schimischow-Silesia-Konzern der ober-schlesischen Zementindustrie, der erst kürzlich durch Zusammenschluß mehrerer ober-schlesischer Zementfabriken entstanden ist, wird mit der schlesischen Portland-Zementfabrikation zu Groschow, der Führerin der zweiten großen Zementgruppe in dem deutsch bleibenden Teil Oberschlesiens, einen Interessengemeinschaftsvertrag eingehen. Die Generalversammlung des Groschowier Zementunternehmens wird über eine Kapitalverdoppelung zu diesem Zweck Beschluß fassen.

Der Verfall der schweizerischen Uhrenindustrie. In dieser weltberühmten Industrie wurde die Produktion sehr wesentlich eingeschränkt. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 35 000, der Export — es handelt sich hier um eine reine Exportindustrie — ist gegenüber dem Vorjahr fast um die Hälfte zurückgegangen. Für den Rückgang wird die Konkurrenz der deutschen Industrie, welche infolge der schlechten Marktlage billiger exportieren kann, verantwortlich gemacht. Das trifft wohl nur in beschränktem Maße zu, die deutsche Uhrenindustrie erzeugt nicht genug, um den normalen Bedarf der Welt zu decken. Die Vereinfachung der Waffen, deren verminderte Kaufkraft gereicht der schweizerischen Uhrenindustrie, ähnlich wie anderen, nicht dem lebenswichtigen Bedarf dienenden Industrien, zum Verderben.

Praktische Wirtschaftskunde für Arbeiter. Unter Beteiligung des französischen Bergarbeiterverbandes ist in Frankreich eine kleine Aktiengesellschaft gegründet worden für die Ausbeutung eines Schieferbruchs. Die Unternehmung soll lediglich dem Zwecke dienen, daß die Bergarbeiter Erfahrungen über die Betriebsleitung, die Produktionskosten usw. gewinnen, um diese für die allgemeine Bewegung zu verwerten. Es wollen auf diese Weise erfahren, was die Produktion den Unternehmern tatsächlich kostet und was sie von diesen bei den Verhandlungen verlangen können. Die beschäftigten Arbeiter sind nicht Aktionäre, auch handelt es sich hier nicht um eine Genossenschaft.

Baustoffpreise in Frankreich. Das Ministerium für die gefährdeten Gebiete Nordfrankreichs hält, so berichtet die „Soziale Bauwirtschaft“, für Beschädigte Baustoffe zu folgenden Preisen, frei Bestimmungsart, zur Verfügung:

| | |
|----------------|-------------------------|
| Kalk | 75 und 65 Frcs. |
| Vorklandement | 180 Frcs. |
| Gips | 70 Frcs. pro Tonne |
| Ringofensteine | 115 Frcs für 1000 Stück |

— Nach dem heutigen Stand unserer Valuta würden diese Preise bedeuten:

| | |
|----------------|---|
| Kalk | 580—670 M. (Preis in Deutschland etwa 270 M.) |
| Vorklandement | rund 1100 „ („ „ „ 480 „) |
| Gips | 625 „ („ „ „ 880 „) |
| Ringofensteine | 1025 „ („ „ „ 890 „) |

Inzwischen hat sich die Valuta weiter verschlechtert. Man sieht aus dieser Gegenüberstellung, in welchem Umfange die deutsche Baustoffindustrie Valutagewinne zu ihren Gunsten machen kann. Die Gefahr der Baustoffknappheit in Deutschland dürfte immer größer werden, je mehr die Frage der Reparationsleistungen auch auf dem Gebiete der Baustoffe für uns akut wird.

Gewerkschaftsbewegung

Die Aussperrung im Zeitungsgewerbe.

Die Aussperrung des Personals der Firma Woffe („Berliner Tageblatt“) scheint nun doch die Unternehmer zu einer Solidaritätsaktion zu veranlassen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen, die bis in die späten Nachstunden des Montag zwischen den beteiligten Parteien geführt wurden, liegen genaue Mitteilungen noch nicht vor. Fest stand bei Redaktionschluss, daß der „Berliner Lokal-Anzeiger“ heute morgen nicht erscheint und daß wahrscheinlich auch die „Mittagsblätter“, „Bosfische Zeitung“, „Morgenpost“ ihr Erscheinen einstellen werden. Danach erscheint als wahrscheinlich, daß die gesamte bürgerliche Presse heute morgen nicht erscheinen wird, da nicht anzunehmen ist, daß das Mitglied des Zeitungsvorlegervereins, die Firma Scherf, allein aussperrt wird, während die anderen Angehörigen dieser Organisation arbeiten.

Der Achtstundentag in Gefahr.

Zu den Ländern, welche die Annahme der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag verweigern, ist nun auch Holland getreten. Dieses begründet seine Weigerung damit, daß es sonst in der Konkurrenz mit den anderen Ländern, welche die Konvention von Washington nicht annehmen, in erheblichen Nachteil geraten würde. Zu diesen Ländern gehören in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika, welche dem Völkerverbund nicht beigetreten sind, dann aber England und Schweden, welche die Konvention ablehnten, und andere Länder, deren Verhalten noch zweifelhaft ist. Hier rächt sich die Schwäche der Washingtoner Beschlüsse — daß sie nämlich keine verpflichtende Kraft haben und von den Parlamenten der einzelnen Länder abgelehnt werden können. Es ist damit für jedes Land die Handhabe geboten, sich unter Hinweis auf das Verhalten anderer Länder seinen eigenen Verpflichtungen zu entziehen.

In Holland besteht zwar ein Gesetz über den Achtstundentag, es darf aber unter Umständen, „wenn sonst die ausländische Konkurrenz die nationale Industrie gefährden würde“, aufgehoben werden. Es besteht jetzt die Absicht, ein Gesetz einzuführen, wonach der Achtstundentag nur dann aufgehoben werden darf, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich darüber einig sind. Dadurch soll der soziale Charakter des Gesetzes gerettet werden. Es wird sogar dafür Propaganda gemacht, daß die Washingtoner Konvention in diesem Sinne abgeändert werden soll, weil dann ihre Annahme besser gesichert sein würde.

Für den ersten Augenblick läßt sich nicht viel gegen diese Absicht Hollands einwenden. Sie würde den Grundgedanken der industriellen Demokratie nicht widersprechen. Der freie Entschluß der Arbeitnehmer ist aber besonders in Zeiten wirtschaftlicher Depression und in Ländern, wo die Organisationen der Arbeiterschaft nicht mächtig genug sind, stark beeinträchtigt. Drohungen mit Lohnherabsetzungen, Entlassungen usw. können eine Zwangslage schaffen für die Annahme solcher Ausnahmebestimmungen, die leicht zu dauernden werden. Die Washingtoner Konvention schafft schon die Möglichkeit für gewisse Ausnahmen bei der Durchführung des Achtstundentages, womit übrigens jetzt schon sehr viel Mißbrauch getrieben wird. Die Möglichkeit, den Achtstundentag vollständig außer Kraft zu setzen, ist unseres Erachtens auch in dem Falle bedenklich, wenn gewisse Gruppen von Arbeitnehmern — man wird übrigens oft darüber streiten müssen, wer zu ihrer Vertretung berufen ist — ihre Zustimmung erklären.

Streik im chemischen Großhandel.

Am Freitag fanden Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar statt. Während im Anschluß hieran für den Del. und Feinhandel, einer Gruppe der bisherigen Tarifgemeinschaft, eine Verständigung erzielt werden konnte, wonach den Arbeitern ein Lohn von 370 bis 410 M. bewilligt worden ist, führten die Verhandlungen für den chemischen Großhandel zu keinem Ergebnis. Der Streik in dieser Branche setzte am Montag früh sehr gut ein. Mit verschwindender Ausnahme ruht die Arbeit vollständig. Eine Steigerung ist für heute zu erwarten. Ein Teil der Arbeitgeber hat bereits die Mindestforderungen des Deutschen Transportarbeiterverbandes anerkannt. Die Stimmung der Streikenden ist eine siegesbewusste. Heute abend 6 Uhr findet in den Zentralbeständen, Alte Jakobstr. 32, eine sehr wichtige Versammlung aller Streikenden statt, in der zu einer neuen Situation Stellung genommen werden soll. Das Erscheinen aller Berufsangehörigen wird bestimmt erwartet.

Die streikenden Gastwirtsangestellten nahmen gestern in acht großen Versammlungen den Bericht über die Lage entgegen, der eine lebhafteste und referenzen zu stimmende Besprechung fand. Die Diskussionsredner beschwerten sich teilweise bitter über das

Verhalten der Schutzpolizei. Besonders wurde beklagt, daß es geradezu unmöglich sei, einen Postkasten feststellen zu lassen, der sich Liebergriffe gegen Streikende erlaube, die vor allem weiblichen Streikposten gegenüber sehr häufig vorkämen. In allen Versammlungen wurde folgende Entschloßung einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt: Unsere Forderungen sind bekannt. Bekannt ist auch, daß das Arbeitnehmerkartell bereitwilligst auf jeden Verständigungs- und Verhandlungsversuch eingegangen ist und eingehen wird. Wir stehen unerschütterlich zu unseren Forderungen und lehnen jeden Zerstückelungsversuch auch für die Zukunft ab.“

Der Streik auf dem Straßenbahnhof Steglitz ist am Montagmittag beigelegt worden. Die Einigung zwischen der Direktion und den Ausständigen erfolgte auf der Grundlage, daß der Betriebsrat vorläufig in sein Amt wieder eingesetzt, aber die Untersuchung gegen ihn weitergeführt wird.

Die freie Lehrgewerkschaft, die in ganz Deutschland 456 Mitglieder zählt, wovon 200 in Berlin, hielt in Braunschweig einen Vertretertag ab. Zu dem Rückgang der Mitgliederzahl kommt der weitere Mißerfolg, daß dieser Vereinigung der Anschluß an den Afa-Bund verweigert wurde, aus organisatorischen Gründen.

Der Vorstand wurde deshalb beauftragt, die Schaffung einer gewerkschaftlichen Beamtenorganisation mit allen möglichen Mitteln in die Wege zu leiten.

Referate über Schulfragen bildeten den Schluß der Tagung.

Tarifkündigung im Bergbau. Nach einer Essener Meldung der TU, haben die Bergarbeiterorganisationen den bis zum 1. Dezember laufenden Lohnvertrag kündigt. Neue Verhandlungen sollen demnächst stattfinden.

Der Eisenbahnerstreik in Halle. In der Eisenbahnhauptwerkstatt Halle wurde Montag die Urabstimmung über den Streik vorgenommen. Für den Streik stimmten 1087, dagegen 200 Arbeiter. Bei den Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Angestellten ist eine Einigung nicht zustande gekommen.

Achtung, Klempner! Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr. Schulaula Kopenplatz, Zusammenkunft aller Klempner, die auf dem Boden der Kämpfer der Gewerkschaftsinternationale stehen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Zigarettenfabrik Massary! Die bei dieser Firma auf Grund der neuen Tabaksteuer entlassenen Arbeitnehmer werden gebeten, sich zwecks Klärung der Rechtsfrage Mittwoch nachmittags zwischen 2 bis 5 Uhr im Lokal von Winter, Fürsten- Ecke Ritterstraße, einzufinden. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 8.

Die polnischen Beamten drohen mit Streik. Eine Delegation sämtlicher Beamtenvereinigungen überreichte dem Finanzminister eine Denkschrift, in der neue Forderungen gestellt wurden: Erhöhung des Teuerungsmultiplikators in Warschau bis auf 2500 M. und dementsprechend auch in den anderen Orten Polens, ferner Auszahlung von Beihilfen in Höhe von 20 000 M. für ledige, dazu 10 000 M. für die Frau des Beamten und je 5000 M. für jedes Kind. Die Beamtenschaft droht, falls diese Forderungen nicht bewilligt werden, sofort in den Streik zu treten. — Die Lemberger Eisenbahner verlangen eine besondere Gehaltszulage, eine einmalige Beihilfe in Höhe eines Monatsgehältes und eine Herabsetzung der Kohlenpreise.

Es geht nicht ohne gewerkschaftliche Disziplin. Der Landesverband der italienischen Vandalarbeiter — eine der bedeutendsten Gewerkschaften in Italien — hat in der Frage der Gewerkschaftsdisziplin beschlossen: 1. Die einzelnen Organisationen dürfen ohne die Einwilligung des Landesverbandes keine Agitation bezüglich der Tarife und Arbeitsverträge unternehmen. 2. Wenn es sich um eine Propaganda handelt, welche auch für verwandte Berufe von Interesse ist, muß der Landesverband benachrichtigt werden, damit er sich mit den Verbänden dieser Berufe ins Einvernehmen setzen kann. 3. Wenn örtliche Verhandlungen zu keinem Erfolg führen, dürfen die lokalen Organisationen die Verhandlungen nicht unterbrechen und eine Entscheidung treffen, ohne das Einreifen und die Billigung des Landesverbandes. — Durch diese Beschlüsse soll die Autonomie der Lokalverbände zugunsten einer einheitlichen Leitung der Bewegung erheblich eingeschränkt werden.

Für die Rußlandhilfe sind nach der letzten vom Bundeskassierer Hermann Rube in Nr. 42 des „Korrespondenzblattes“ veröffentlichten Mitteilung bis 4. Oktober insgesamt 1 923 263,90 M. beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eingegangen. Die Sammlungen werden fortgesetzt, doch ist genau darauf zu achten, daß nur die von den Ortsausschüssen des ADGB und der Afa herausgegebenen und mit ihren Stempeln versehenen Listen der Gewerkschaften und der Afa-Verbände benutzt werden.

Graphische Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Heute 5 Uhr im Deutschen Hof, Radebecker Straße, Mitgliederversammlung. Rein Mitglied darf fehlen.

Angestellte der Kunst- und Buchhändler. Selbstorganisationsrat. Mittwoch 7 Uhr im Schultheiß-Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25, Bericht über die Tarifverhandlungen.

Zentralverband der Angestellten. Reichsverband Mittwoch 7 1/2 Uhr im Rosenfelder Hof, Rosenthaler Str. 11/12, Mitgliederversammlung.

Zentralverband der Schuhmacher. Donnerstag 6 1/2 Uhr im Lokal „Abgahant“, Große Frankfurter Str. 117, außerordentliche Vorstanderversammlung der Schuh- und Reparaturbranche. Stellungnahme zu der Ablehnung des Schlabrums durch die Arbeitgeber.

Veranstaltung sämtlicher Betriebsräte der Deputationsräte Gesundheitswesen. Allgemeine Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt zur Wahl eines gemeinsamen Gesamtbetriebsrates am Donnerstag um 10 Uhr im Weigen Saal des Kubold-Strich-Krankenhaus.

Deutscher Bauarbeiterverband. Dienstag, Donnerstag 6 1/2 Uhr bei Forster, Weberstr. 17, Versammlung aller im Tiefbauwerke Beschäftigten. Bericht von der Verhandlung vor dem Bezirkslohnamt. Mitgliedsbuch einer freien Gewerkschaft legitimiert.

Deutscher Wertmessenverband. Hochgruppe Graphische Berufe: Mittwoch 5 Uhr im Restaurant Schultheiß, Brückenstr. 6b, Branchenersammlung.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche II, Verbandsstoffe D.: Mittwoch 6 Uhr bei Witzke, Sebastianstr. 39, Gruppenversammlung.

Aus der Partei.

Rehabilitierung.

Im Bericht des Parteivorstandes der SPD. an den Göttinger Parteitag findet sich unter dieser Ueberschrift die Mitteilung, daß die im Jahre 1887 (ein Druckfehler sagt 1884) gegen den ehemaligen Maurer Robert Conrad erhobene Anschuldigung des Parteiverrats nach eingehendster und sorgfältigster Untersuchung, die sich auch auf damals nicht zugängliche Quellen erstreckte, sich als durch nichts gerechtfertigt herausgestellt hat und daß, da Conrad seit Jahren wieder Mitglied der Partei ist, ein besonderer Beschluß über seine Fähigkeit zur Wiederaufnahme gar nicht erst notwendig ist.

Conrad war in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes als Führer der Gewerkschaft seines Berufs sehr tätig gewesen und in öffentlichen Versammlungen sehr mutig für die unterdrückte Sozialdemokratie eingetreten. Im Jahre 1884 auf Grund des Ausnahmegesetzes aus Berlin ausgewiesen, siedelte er nach Breslau über, hatte aber auch dort Verfolgungen zu erleiden. Die von ihm herausgegebenen Zeitungen „Der Bauhandwerker“ und die „Breslauer Volksstimme“ wurden auf Grund des gleichen Gesetzes verboten, er selbst in den großen Breslauer Geheimbundsprozess als einer der Angeklagten verwickelt. Mit Bruno Geiser und noch etwa 15 Angeklagten wurde er freigesprochen, nun aber in Parteikreisen beschuldigt, der Polizei als geheimer Berichterstatter gedient zu haben. Die Anschuldigung ward dem damaligen Sicherheitsdienst der Partei übermittelt, der sie unter seinem Decknamen „Eiserne Maske“ im Züricher Sozialdemokrat bekanntgab. Von dort ist sie in die von mir verfasste Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung übergegangen, wo ihrer im zweiten Band auf Seite 250 erwähnt ist.

Bern komme ich einem Wunsch Conrads nach und bitte die Parteigenossen, welche das Buch haben, und insbesondere die Bibliothekare der Arbeiterschaft, dort an der betreffenden Stelle einen beachtlichen Vermerk zu machen. Sie können dabei auf Seite 95 des gleichen Bandes verweisen, wo Conrads in ehrender Weise besprochen ist. Er hat, als ein deutsches Blatt auf Grund der Veröffentlichung der Eiserne Maske ihn als Polizeigenanten hinstellte, in einem von ihm angestregten Befreiungsprozess unter Eid erklärt, daß die Beschuldigung unwahr ist, im übrigen sich vom öffentlichen politischen Leben zurückgezogen, ohne aufzuhören, bei sich bietenden Gelegenheiten der Partei nützlich zu sein. Als die vollzogene Revolution der Partei die Möglichkeit bot, die amtlichen Akten einzusehen, hat er sofort bei der Partei die für die Ermittlung einer Nachprüfung erforderlichen Schritte getan, und diese hat das vom Parteivorstand verkündete günstige Resultat ergeben.

Indem ich dies wiederhole, kann ich meinerseits nur hinzufügen, was ich schon in meiner Schrift „Aus den Jahren meines Exils“ geschrieben habe, daß das Kapitel der sogenannten Spindelentstellungen mir seinerzeit schloßlose Nächte verursacht hat. Es gehört zu den traurigsten Wirkungen des Ausnahmegesetzes.

Die Parteipresse wird gebeten, von dieser Rehabilitation Notiz zu nehmen. In die Redaktionen des „Vorwärts“, der Breslauer „Volkswacht“ und des „Grundstein“ ergeht das besondere Gebot, je ein oder zwei Exemplare der Nummer ihres Blattes mit der Notiz als Beleg an R. Conrad, Ingenieur, Köln, Bonner Str. 23, zu übersenden.

Eduard Bernstein.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Otzen 1 Verlag.

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung beste Fabr., gr. Auswahl, Verk. meterweise G. m. b. H. Koch & Seeland b. H. Gertraudenstraße 20-21.

A. Wertheim Wirtschafsstoffe-Woche

- Emaillirte - Geschirr**
- Schmortöpfe . . . 775 bis 23 M
 - Schmortöpfe extra schwer, zum Obaleinleichen 26 M 29 50
 - Fleischtopfe grau . . . 9 50 bis 16 50
 - Kasserollen ohne Ring mit Stiel oder Griffen . . . 3 75 bis 10 75
 - Maschinentöpfe mit Henkel . . . 5 M bis 12 50
 - Maschinentopf m. Ausgub 1 95 2 25
 - Milchtopf mit Ausgub . . . 5 50 b. 13 M
 - Kartoffeldämpfer 17 50 21 M
 - Milchkannen . . . 9 50 11 75
 - Schüssel weiß, flach . . . 7 75 b. 13 50
 - Wasserkruge gebackt, mit kleinen Fehlern . . . 16 50
 - Waschschüssel mit Seltznopf, rund . . . 12 50 b. 16 50
 - Toilettecimer m. Deckel 29 b. 43 M
 - Eimer weiß oder neublau . . . 22 M
 - Wannen grau . . . 32 M bis 39 50
 - Scheuergarnituren dekor. 19 50
 - Salz- u. Mehlmeisten dekor. 13 50
 - Kaffeekannen weiß mit kleinen Fehlern . . . 5 75 9 50
 - Teller weiß, flach und hoch . . . 1 50 b. 3 25
 - Schaumlöffel weiß, sort. Gr. 75 Pf.
 - Schöpföffel grau . . . 1 75 b. 3 50
 - Brühsiebe grau, m. Stiel 9 75 11 50
 - Durchschläge grau, m. Stiel 4 75 5 75
 - Stahlblechpfannen 6 75 b. 15 M
 - Waschtopfe verzinkt, m. Deckel u. Einl. 69 M b. 145 M

- Blech- u. Eisenwaren**
- Backformen 9 25 10 25
 - Gemüselöffel Wellblech . . . 95 Pf.
 - Handleuchter lackiert . . . 1 75
 - Müllschaufeln lackiert . . . 3 15
 - Broibüchsen 24 50
 - Broikörbe 5 75
 - Mülleimer lackiert 27 50
 - Topflappenbehälter . . . 3 75
 - Durchschläge verzinkt . . . 3 50
 - Ofenvorsetzer 22 M
 - Kohlenlöffel 1 25
 - Brotschneidemaschinen 27 50
 - Reibemaschinen m. 4 Reiben 16 50
 - Fleischhackmasch. feuerverzinkt 43 50 57 M
 - Eßlöffel glatt Prima 7 50
 - Eßlöffel glatt mit Rippe Alpaka 9 50
 - Eßgabel dazu passend gestanzl und gewalzt 9 50
 - Kaffeelöffel dazu passend 4 90
 - Alpaka-Gabel Rundstiel 4 50
 - Alpaka-Eßlöffel glatt Alpaka 4 50
 - Alpaka-Kaffeelöffel gestempelt 3 75

- Extra-Preise Aluminium**
- Schöpföffel 4 50
 - Schaumlöffel 2 90
 - Suppenschöpfer fein pollert . . . 4 90
 - Schüssel flach u. tief von 24 bis 40 cm 8 75 bis 34 M
 - Wassereimer von 26 M an
 - Durchschläge v. 12 b. 16 cm 9 M b. 12 M
 - Bestecke Eßlöffel Edgabel Kaffeelöffel gemusiert 1 65 1 65 80 Pf.
 - Isolierflaschen 1/2 Liter, mit großem Aluminium-Schraubbecher 17 50
 - Wasserkessel, Kasserollen usw. zu billigen Preisen
 - Aluminium-Schmortöpfe mit Deckel beste mittelschwere Qualität, 16-24 cm Satz 5 Stück 135 M
 - Waschgarnituren Emaille, dekoriert, 5 teilig, mit kleinen Fehlern von 95 M an
 - Wasch- und Scheuerbürsten 2 20
 - Chamois-Fensterleder gestülkelt . . . 18 M 25 M
 - Teppich-Kehrmaschinen von 137 M an
 - Kücheneinrichtungen mit Anstrich, 7 teilig 1200 M

- Borstenwaren**
- Prima Roßhaarbesen pol. 22 M
 - Prima Handfeger pollert . 12 75
 - Roßhaarbesen gemischt, schw. 12 75
 - Handfeger Roßh. gem., schwarz 7 50
 - Schrubber 3 90
 - Kleiderbürsten von 1 75 bis 16 50
 - Haarbürsten . . 1 90 4 25 7 25
 - Möbelbürsten Cocos und Grenelle . 6 50 10 50 14 M
 - Blankbürsten . 1 25 2 40 2 90
 - Schmutzbürsten . . 1 60 2 40
 - Auftragbürsten v. 35 Pf. bis 1 80
 - Wurzel-Handfeger für Teppiche 13 50 18 M
 - Fußmatten von 7 50 an

- Stahlwaren**
- Stahlbestecke a. einem Stkck mit vernickeltem Heft 4 90
 - Stahlbestecke mit schwarzgebeiztem durchgehenden Heft . . . 8 75
 - Stahlbestecke mit schwarzem und braunem Backenheft 12 M
 - Rasierapparat versilbert, mit 3 Klängen, in Etuis 13 50
 - Gefäßschern vernickelt . 22 50
- Holzwaren**
- Kaffeemühlen mit geschl. Werk 23 M 24 M 29 50
 - Quirlgarnituren Ahorn, 11 Hg. 34 M
 - Wäscheleinen Hanf, 40 m lang 29 M
 - Tablets m. Linoleumelage . . 11 M
 - Servierbretter mit gesch. Boden 19 50 24 50 29 M 33 50 42 50
 - Aermelplättbretter 2 75 7 75
 - Obstdörren 80 Pf.
 - Waschfässer oval 77 M bis 115 M
 - Küchenbänke 10 50 12 25 13 75
 - Wäscheklammern . Schock 1 90
 - Waschbretter Holz 2 90
 - Quirle 70 Pf. bis 1 40

Ferner Glas Porzellan Steinzeug

Groß-Berlin

Die Eier nach Geld.

Der Mord an dem Kaufmann Rudolf Engelmann, der am 23. September v. J. verübt worden war, bildet den Gegenstand einer Verhandlung, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Waldmann vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann. Die von Staatsanwaltschaftsrat Frau vertretene Anklage lautet auf Mord bzw. Anstiftung und richtet sich gegen die Frau Emma Haufe, geb. Brömm, und die Frau Rosalie Schulz, geb. Hohl. Als dritter Täter kommt ein gewisser Walter Liesegang in Frage, der sich angeblich bei der Fremdenlegion befindet.

An dem Hause Linienstr. 73 betrieb seit längerer Zeit der 71jährige Kaufmann Rudolf Engelmann ein sogenanntes Infassgeschäft, d. h. er kaufte „saule“ Forderungen auf und trieb diese ein. Nebenbei machte er auch Darlehensgeschäfte. Er hatte trotz seines Alters noch einmal geheiratet, seine Frau lebte von ihm getrennt mit dem Ehemann der letzten Angeklagten Schulz zusammen. Diese wiederum hatte, ohne von ihrem Ehemann geschieden zu sein, sich mit einem Schlägler Paul Schulz verheiratet, der vor dieser Ehe Liebhaber der Frau Engelmann gewesen war. Die Schulz betrieb seit längerer Zeit einen Privatmittelschiff, in welchem sehr zweifelhafteste Deute verkehrten, u. a. auch die Angeklagte Haufe, welche der gewerbmäßigen Unzucht nachging. In dieser Speisewirtschaft, so bekundet die Haufe in ihrer heutigen Vernehmung, entstand der Plan, sich auf irgendeine Weise in den Besitz von Geld zu setzen. Die Schulz habe wiederholt gesagt, man soll doch „irgendeinen reichen Juden vor den Kopf schlagen“. In der Weihenburger Straße wohne ein jüdischer Geflügelhändler, der viel Geld im Hause habe. Aus diesem Hause sei aber nichts geworden. Die Schulz habe nun, so bekundet die Angeklagte weiter, zuerst den Gedanken gehabt, dem alten Engelmann, dessen Lebensgewohnheiten sie genau kannte, ums Leben zu bringen und zu berauben. Am 23. September wurde der Plan tatsächlich auch zur Ausführung gebracht. Nachdem Liesegang den Engelmann mit einem Hammer erschlagen, habe er dem Toten die Schlüssel aus der Tasche genommen. Man habe jedoch nur 600 M. gefunden, die die Haufe mit Liesegang geteilt habe. In der Unterhaltung mit der Mitangeklagten Schulz habe diese ihr Ersauern geäußert, daß nur 600 M. gefunden seien. Engelmann habe 60 000 Mark in dem Schreibtisch versteckt und sie hätten nur nicht genügend gesucht. Es sei, so habe die Schulz erklärt, dem „Strolch“, der schon viele Menschen unglücklich gemacht und sie um ihr Geld betrogen habe, ganz recht, daß er von der Welt weggenommen sei.

Von Rechtsanwalt Dr. Frey wird darauf hingewiesen, daß die Tat durch die Angeklagte Haufe selbst herausgefunden ist, und zwar habe sie in angeordnetem Zustande einem Manne alles eingestanden. Die Angeklagte erklärt hierzu, daß sie darüber nicht sprechen wolle, da ihr diese Sache zu „schonant“ sei.

Nachdem die beiden Angeklagten vernommen worden, stellt Rechtsanwalt Dr. Frey einen Antrag auf Verurteilung, weil wegen Liesegang noch ein Auslieferungungsverfahren schwebt, also die Möglichkeit besteht, daß auch er noch abgeurteilt werden könne. Das Gericht lehnte den Beschluß über eine eventuelle Verurteilung bis nach Vernehmung des Kriminalkommissars Tegtmeyer und des Ehemannes Haufe ab.

Der Sachverständige, Medizinalrat Dr. Stoermer, welcher die Obduktion der Leiche des Engelmann vorgenommen hatte, bezeugte in seinem Gutachten, daß die an der Leiche festgestellten Verletzungen außerordentlich schwerer Art waren und die Anwendung einer besonders brutalen Gewalt erkennen ließen. — Der letzte Ehemann der Angeklagten Haufe betätigte die Angeklagte Schulz schwer. Diese habe ihn und seine Frau, denen sie mehrmals Nahrungsmittel odeborat hatte, auf Engelmann hingewiesen, bei dem viel Geld zu holen sei. Liesegang habe Lust gehabt, die Sache zu machen. Er, der Frey, habe jede Beteiligung rundweg abgelehnt, es sei übrigens bei den Gesprächen nichts von einer Mordabsicht, hindern nur von einem Raube gesprochen worden. Nach geschehener Tat habe seine Frau ihn weinend umhüllt und gesagt: „Ich bin unschuldig!“, während Liesegang ihm zugerufen habe: „Er ist tot!“ Die Sitzung dauert mit der Vernehmung der zahlreichen Zeugen noch fort. Wir werden das Urteil mitteilen.

Der Sturm auf das Asyl.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt-Blanke ein Prozeß wegen Landfriedensbruch und schweren Hausfriedensbruch. An-

geklagt sind der als Räubersführer angesehene Arbeiter Fritz Achtek, Stätter, der Arbeiterrat der Obdachlosen gewesen ist, der Arbeiter Gregor Wyrisch, der Arbeiter Willi Radtke, der Arbeiter Richard Bierpenki, der Schuhmachergeselle Karl Kreis, der Arbeiter Kurt Werner und der Arbeiter Karl Alles.

Es handelt sich um folgende Vorfälle: Im Asyl für Obdachlose war die Ordnung eingeführt worden, daß die Asylanten, die die ihnen gesetzte fünfjährige Frist zur Befolgung eines Unterkommens überschritten, gruppenweise polizeilich verwarnt wurden. Unter den Asylanten herrschte in den Tagen um den 20. September eine gereizte Stimmung; man klagte über das Essen und hatte auch sonst noch verschiedene Beschwerden, namentlich wurde behauptet, daß im Asyl verschiedentlich Mißhandlungen seitens der Aufsichtsbeamten mit Gummistöckeln vorgenommen seien. Diese Mißhandlungen unter den Asylanten soll durch Achtek Stätter geschürt worden sein. Es kam denn auch schon am 20. September, als zehn Personen verwarnt werden sollten, zu einem Widerstandsakt. Am folgenden Tage verbreitete sich wieder das Gerücht, daß Asylanten durch Aufseher verprügelt werden sollten. Es wurde die Parole ausgegeben, sich zu einer Versammlung nach Weihenburger Straße zu begeben, an der dann zahlreiche Obdachlose zusammen mit Erwerbslosen teilnahmen. Achtek Stätter soll hier eine Rede gehalten und u. a. gesagt haben: „Es müssen die Aufseher verprügelt werden, ebenso wie sie verprügelt haben.“ Nach der Versammlung formierte sich ein Demonstrationszug von ca. 230 Personen, der nach dem Lustgarten gehen sollte, sich unterwegs ständig vergrößerte und dann nach dem Asyl zog. Es kam dann im Asyl zu schweren Gewalttätigkeiten gegen verschiedene Angestellte, von denen einer ins Krankenhaus überführt werden mußte. Erst den zur Hilfe herbeigerufenen Polizeimannschaften gelang es, die Ruhe wiederherzustellen.

Die Angeklagten bestreiten überwiegend ihre Schuld. Nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Stoermer ist Achtek Stätter ein von hohem Selbstgefühl erfüllter, verschwommenen Ideen nachjagender, sehr selbst gern in den Vordergrund drängender Mensch, auf den § 51 StrGB. nicht zutrifft; der Angeklagte Bierpenki ist minderwertig. Die Beweisaufnahme wird Dienstag fortgesetzt.

Verfuchtes Attentat auf einen Vorortzug.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend (14./15. d. Mts.) wurden nach 12 Uhr nachts acht Eisenbahnwaggons zu einem Stapel auf die Personenzuggleise der Straße Mustermarkt-Dalldamm-Döberitz quer über die Schienen gelegt. Als gegen 11 Uhr abends der letzte Zug die Gleise besuhr, war das Hindernis noch nicht vorhanden, erst der Führer eines Güterzuges, der mit seinem Zuge das Nebengleise besuhr, bemerkte den Stapel und meldete das Hindernis der nächsten Station, welche die Beseitigung desselben veranlaßte. Trotz der sofort ausgenommenen Nachforschungen fehlt nun den Tätern bisher jede Spur. Zur Ermittlung der Täter hat daher die Eisenbahndirektion Berlin eine Belohnung, unter Ausschluß des Rechtsweges, in Höhe von 5000 M. ausgesetzt, die solchen Personen zufällt, die Angaben über die Täter machen können, so daß deren gerichtliche Bestrafung erfolgen kann. Mitteilungen über die Täter, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt die Eisenbahndirektion Berlin, Schöneberger Ufer 1-4, oder Kriminalkommissar Dr. Niemann, Polizeipräsidium Berlin, entgegen.

Im Anschluß hieran wird mitgeteilt, daß am Sonntagabend gegen 10 1/2 Uhr der Vorortzug 448 zwischen den Stationen Karow und Blankenburg mehrmals beschossen wurde, doch ist keiner der Passagiere verletzt worden. Der Täter konnte nicht ermittelt werden. Da die Ausfertigung derartiger nichtswürdiger Anschläge an und für sich schwer ist, so tut auch die Bevölkerung gut, den Behörden bei der Ermittlung der Täter nach Kräften behülflich zu sein.

Bildung und Wissen dem Volk!

Mit dem heutigen Tag haben die Vorlesungen der Sozialistischen Bildungsschule sowohl wie der Volkshochschule Groß-Berlin, an der gleichfalls eine Anzahl sozialistischer Dozenten tätig sind, begonnen. Die Vorlesungsverzeichnisse zu der ersteren sind im Bureau des Bezirksbildungsausschusses der SPD., Berlin SW. 63, Lindenstraße 3, zu haben, die der letzteren in der Geschäftsstelle Berlin NW. 7, Georgenstr. 34/36. Die Angehörigen, Wähler und Freunde unserer Partei einschließlich der Frauen und Jugendlichen werden gebeten, möglichst diese beiden Volkshochschulen Groß-Berlins in Anspruch zu nehmen, die in weitestgehender Weise allen Bildungsbestrebungen gerecht werden. Es werden Kurse über Politik, Volkswirtschaft, Soziales, Kulturgeschichte, Geschichte, Naturwissenschaften, Kultur, Kunst, Literatur usw. abgehalten.

In der Sozialistischen Bildungsschule beginnen am Dienstag, den 18. Oktober, folgende Vorlesungen: 1. „Geschichte und Philosophie im Zusammenhang mit der kulturellen Entwicklung der Völker“ (Dr. B. Engelhardt), von 7-8 1/2 Uhr abends, im Saal der

Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3. 6 Vorträge. Hörgebühr 6 M. 2. (5. Kreis, Friedrichshain.) „Entwicklungsgeschichte des Sozialismus bis zu den Utopisten“ (Sekretär Albert Horkitz), in Schulaula der Gemeindefschule Titauer Str., von 7-8 1/2 Uhr abends. 6 Vorträge. Hörgebühr 6 M. 3. (7. Kreis Charlottenburg.) „Einführung in Verfassung und Verwaltung von Reich, Staat und Kommune“ (Bürgermeister Hirsch), im Sitzungssaal des Charlottenburger Rathauses, Berliner Str. Hörgebühr 5 M. 4. (13. Kreis Tempelhof.) „Entwicklungsgeschichte des Sozialismus“ (Dr. Max Schütte), von 7-8 1/2 Uhr abends in der Gemeindefschule Friedrich-Wilhelm-, Ecke Berderstr. 6 Vorträge. Hörgebühr 6 M. 5. (16. Kreis Köpenick.) „Verfassung in Reich, Staat und Kommune“ (E. Ragenstein), von 7-8 1/2 Uhr abends in der Dorotheenschule „In der Freiheit“, 6 Vorträge. Hörgebühr 6 M. 6. (18. Kreis Weihenburger.) „Grundlagen der Wirtschaftsgeschichte“ (Dr. Bendiner), von 7-8 1/2 Uhr abends im Physikalischen Realgymnasium, Weihenburger, Böckpromenade. 6 Vorträge. Hörgebühr 6 M.

Dauer der Ruhefrist auf Friedhöfen. Der Ausschuß für das Bestattungswesen teilt mit: Bis zum Erlaß der endgültigen allgemeinen Friedhofsordnung beträgt die Dauer der Ruhefrist für alle erdbefatteten Leichen von Erwachsenen und Kindern über 6 Jahre 25 Jahre und für Kinder unter 6 Jahren 15 Jahre, für sämtliche Leichen 20 Jahre. Für die Vergebung der Beisetzungsplätze sind fortan diese Zeiten maßgebend.

Die neuen Gaspreise. Die Gemeindebehörden haben laut Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Oktober 1921 den Gaspreis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegaswerke, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Neuköllner, Pichtenberger, Spandauer, Köpenicker, Tegeler, Wittenauer, Friedrichshagener, Hermsdorfer und Heiligenseer Gaswerke mit Wirkung von der Standaufnahme im Oktober ab einheitlich auf 1,75 M. für das Kubikmeter festgesetzt.

„Nora“ in der Lankester Gemeindefhalle. Die Kunst- und Bildungsgemeinde Berlin-Lankester unter Leitung des Herrn Euseberief Joehen zur Eröffnung des Winterfestes der Betreuer in die Lankester Gemeindefhalle. Es war ein voller Erfolg. Verantwortlich für die Ausführung zeichnete Herr Rudolf Werner. Man muß anerkennen, daß die Regie in bewährten strengen Händen lag. Schauspielerei wurde gutes und sehr gutes geleistet. Die übertragende Säule des Abends war Herr Georg John vom Vestingtheater. Er gab einen Gänther, der sich würdig an die besten Leistungen reiht, die bisher in „Nora“ gezeigt wurden. Besonders gefiel der zweite Akt, in dem auch Sutta Brunert durch die Gestaltungstrast Johns so weit hingerissen wurde, daß eine glaubwürdige Nora erschien. Während sie im ersten Akt noch spröde spielte, steigerte sie ihre Leistung nach dem zweiten Akt zu einer respektablen Höhe. Robert Helmer, der Advokat, lag bei seinem Namensvetter Fritz Helmer in guten Händen. Dr. C. J. Lindall gab den Rückenmarkschwindlichen Dr. Rante schmerzlich, erschütternd. Eveline Salmo hätte man lieber als Frau Linden gesehen, denn sie zeigte in der kurzen Szene des zweiten Aktes als Marianne viel Können. Wirklich schade, daß sie nur diese Nebenrolle spielte. Bravo, ihr Lankester! „Blid auf zur neuen Tat“ und laßt euch das gute Werk nicht durch reaktionäre Schikane verbieten.

Ein Riesenbrand brach am Sonntagmittag um 1/2 12 Uhr in der Dachpappfabrik von Wischer u. Hoffmann in Eberswalde aus, zu dessen Bekämpfung 12 Wehren hinzugezogen werden mußten. Das Feuer war bis Montag abend noch nicht gelöscht. Durch die starke Rauchentwicklung haben mehrere Feuerwehrleute gelitten. Der Schaden, der ca. zwei Millionen Mark beträgt, ist durch Versicherung gedeckt.

Weihnachtsausstellung der Berliner Gewerkschaftskommission. Schon vor dem Kriege wurden Weihnachtsausstellungen im Gewerkschaftshaus veranstaltet. Der Gedanke wird jetzt wieder aufgenommen. Demgemäß wird die Ausstellung vom 11. bis 24. Dezember ihre Pforten öffnen. Ausstellungsgründe sind die Säle 1 bis 3 des Gewerkschaftshauses. In erster Linie ist an wissenschaftliche, sozialistische und schöngelstige Bücher für Erwachsene sowie an gute Literatur für die heranwachsende Generation gedacht. Jugendschriften und Spielwaren für die Kleinen sollen nicht fehlen. Künstlerischer Schmuck und gute Tonwaren ergänzen die Ausstellung. Die drei sozialistischen Verlage bringen der Ausstellung großes Interesse entgegen und haben sich bereit erklärt, das Büchermaterial zu liefern. Die Ausstellung ist nicht nur gedacht, der Arbeiterschaft gutes Material preiswert zukommen zu lassen, sondern soll darüber hinaus kulturell erzieherisch wirken. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hat dem Plan seine Zustimmung gegeben.

Fräulein.

80] Von Paul Enderling.

Es mußte doch gleich Zeit zur Abfahrt sein. Sie hatte ja schon eine Ewigkeit diese Fahrpläne gelesen. Aber als sie nach der Uhr sah, bemerkte sie, daß sie erst drei Minuten hier auf und ab gegangen war.

In den Wartesaal zu gehen, wagte sie nicht. Sie sah nur einen Augenblick scheu durch die Glascheibe. Es war ziemlich leer. Nur in der Mitte an der künstlichen Palme sah von Steen — Kohlenkaufmann van Steen aus der Koepergasse — mit einem Geschäftsfreund. Nein, hinein konnte sie nicht.

Mit einem Male war die Halle belebt; von den Treppen, die von den Bahnsteigen herabführten, eilten Menschen, die in die Stadt zurückkamen. Draußen hörte man Wagen und Autos heranzufahren, Peitschentralen und das Heulen von Autohupen. Reisende drängten in die Halle. Dienstmänner kamen mit Koffern auf den Schultern.

Und jetzt — jetzt wurde auch der Schalter geöffnet. Langsam ging Thea darauf zu. Aber merkwürdig: Jetzt, wo sie so weit war, den letzten, den allerletzten Schritt zu tun, schien ihr die Kraft zu versagen. Es war nur gut, daß sich die Abreisenden sammelten und sie vor sich hinstießen. Sie wankte und schwankte. Aber einmal eingeleitet in die Reihe der Wartenden, fand sie keinen Ausweg mehr.

Warum bin ich jetzt so voll Angst? fragte sie sich selber; ich brauche nur das Geld hinzulegen und das Billett nach Berlin zu verlangen. Der Beamte wird nicht einmal mein Gesicht sehen — Was ist denn nur mit mir?

Sie zählte ab: Sechs standen vor ihr — jetzt nur noch fünf. Da gab es einen ungebührlichen Aufenthalt. Ansehend war eine größere Banknote zu wechseln oder ein Schein auszufüllen. Der Schalterbeamte brauchte erregte Worte; der Reisende, ein kleiner, schwarzer Herr mit einem Kneifer, war außer sich und schrie in stark polnischem Akzent über: „Diese Wirtschaft“. Die anderen schauten über den Aufenthalt: „Der Zug wird uns vor der Nase wegfahren!“

Nun war der kleine, schwarze Herr weggedrängt. Er suchte kreischend den Bahnhofsvorstand „zur Beschwerde“. Zwei standen noch vor Thea.

Da sah jemand Theas Arm. „Sind Sie es wirklich?“ Fräulein Thea?

Thea sah erschrocken auf. Fräulein stand vor ihr. Fräulein war eben mit dem Nachtzug von Neufahrwasser gekommen und durch den Austritt am Schalter aufmerksam geworden. Ein Blick auf Theas bleiches, durchstürmtes Gesicht lehrte sie alles: Thea wollte fort.

Sie blickte auf den Schalter. Es gab keine Zeit zu verlieren. „Einen Augenblick, Fräulein Thea.“ Und sie führte Thea, die viel zu müde, viel zu müde zum Widerstande war, aus der Reihe. „Sie können doch unmöglich mit dem Nachtzug fahren.“ Sie mußte irgendeinen Grund sagen. Sie sprach wie zu einem Kind, das die Kristallkugel haben möchte und nicht haben darf. „Das geht doch nicht. Das ist doch nichts für Sie. Sie kommen ja kaput in Berlin an.“

„Woher wissen Sie das?“ Fräulein senkte den Kopf. Lothar hatte nie von seiner Liebe zu ihr gesprochen. Aber sie dachte an seinen Händedruck beim Abschied und an seine halbverschleierte Worte: „Wir sehen uns wieder, wenn ich etwas bin. Vergessen Sie mich nicht!“ Und sie sagte fest: „Ich weiß es.“

Thea stützte sich schwer gegen die Wand. Sie fühlte sich müde zum Umstinken. „Ich habe es mir gedacht.“ sagte sie tonlos, „aber kann ich denn noch zurück?“

„Warum nicht?“ „Onkel Otto weiß alles.“ „D, er ist gut. Er schweigt.“ „Und wenn sie, die anderen, schon wissen —?“ Fräulein blickte sie groß an. „Dann nehme ich alles auf mich.“

„Aber wie nur?“ „Das wird sich schon irgendwie finden.“ Nun waren sie auf dem dunklen Bahnhofspflanz, über dem ein paar elektrische Monde schwebten. Da erst begriff Thea, was Fräulein gelagt hatte. „Sie wollten das für mich tun? für mich? Verzeihen Sie!“

„Ich habe doch nichts zu verzeihen, Fräulein Thea.“ „Sie haben mir viel zu verzeihen. Viel mehr, als Sie glauben.“ Fräulein weckte einen Kutscher, der auf seinem Sitz eingeklappt war. Er sah verwundert auf die beiden Damen.

„Wo hin, Madamchen?“ „Nach der Tobiasgasse.“

„Schwach sie war, wie hilflos und hilflos!“

Als sie auf die Bahnhofsuhr sahen, waren nur noch wenige Minuten bis zur Abfahrt des Schnellzugs. In diesem Augenblick entzog sich Thea ihr. „Ich muß fort, Fräulein,“ sagte sie, ke fest anblickend. „Ich will mich nicht lächerlich machen, jetzt, wo ich alles hinter mir aufgegeben habe.“

Das hatte Fräulein am meisten gefürchtet. Gegen dieses Argument war nicht mit Gründen anzukämpfen. Sie änderte ihre Taktik. Sie durfte sie ja nicht fortlassen: ihr Lebtag hätte die Schuld sie gedrückt.

„Ich weiß, wohin Sie wollen,“ sagte sie schnell und rang sich doch jedes Wort ab. „Ich weiß, zu wem Sie wollen. Aber tun Sie es nicht, um Ihrer Selbstachtung willen! Er — er liebt Sie nicht,“ vollendete sie leise, und ihr Gesicht stand in Blut.

„Woher wissen Sie das?“ Fräulein senkte den Kopf. Lothar hatte nie von seiner Liebe zu ihr gesprochen. Aber sie dachte an seinen Händedruck beim Abschied und an seine halbverschleierte Worte: „Wir sehen uns wieder, wenn ich etwas bin. Vergessen Sie mich nicht!“ Und sie sagte fest: „Ich weiß es.“

Thea stützte sich schwer gegen die Wand. Sie fühlte sich müde zum Umstinken. „Ich habe es mir gedacht.“ sagte sie tonlos, „aber kann ich denn noch zurück?“

„Warum nicht?“ „Onkel Otto weiß alles.“ „D, er ist gut. Er schweigt.“ „Und wenn sie, die anderen, schon wissen —?“ Fräulein blickte sie groß an. „Dann nehme ich alles auf mich.“

„Aber wie nur?“ „Das wird sich schon irgendwie finden.“ Nun waren sie auf dem dunklen Bahnhofspflanz, über dem ein paar elektrische Monde schwebten. Da erst begriff Thea, was Fräulein gelagt hatte. „Sie wollten das für mich tun? für mich? Verzeihen Sie!“

„Ich habe doch nichts zu verzeihen, Fräulein Thea.“ „Sie haben mir viel zu verzeihen. Viel mehr, als Sie glauben.“ Fräulein weckte einen Kutscher, der auf seinem Sitz eingeklappt war. Er sah verwundert auf die beiden Damen.

„Wo hin, Madamchen?“ „Nach der Tobiasgasse.“

„Schwach sie war, wie hilflos und hilflos!“

(Fortf. folgt.)

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Barbier v. Sevilla
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
König Richard III.
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr: Kena
Mittwoch zum 1. Male
7: Prinz Louis Ferdinand

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
ML 8: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh.
(Karlsruhe)
7 1/2 Uhr: Die Räuber
ML 7 Uhr: Die Räuber

Theater in der
Königgrätzer Str.
7.30 Uhr
Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Ricmann,
Bildt, Brandt, Bernburg,
Picha, Rehkopf, v. Twardowski, Klupp)
ML: Manon Lescaut
Do.: Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr:
Der burleske Schwank
Jonny
Busenfreund
Hans Waßmann
Arnold Rieck

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritz Massary u. G.
Ralph Art. Roberts
Pepi Zampa, Kiper

Central-Theater
8 Uhr: Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus
6 Uhr:
Meistersing. v. Nürnberg
Friedr. Wilhelmstadt. Th.
8 Uhr: American Girl
Intimos Theater
8 U.: Die Spelunke / Lauf
doch nicht immer nackt
herum
Kleines Schauspielhaus
7 1/2 U.: Kiki (Lustsp.)
Lustspielhaus
8 Uhr: Die Schauspieler
Metropol-Theater
7 1/2 U.: Die Straßensängerin
Neues Operntheater
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Theater am Zoo
8 Uhr: Das ewig-Männliche
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Wildente
Schiller-Th. Charlottenb.
8 Uhr: Meine Frau, die
Holschneidlerin
Schloßpark-Th. Singlitz
7 1/2 U.: Nimma v. Barnhelm
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Schäm' Dich, Lotte
Theat. a. Nollendorplatz
3 1/2 Schloßpark u. Rosener.
8 Uhr: Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 U.: Brant d. Lucullus
Th. d. Kommandantenstr.
(Jed. Künstler-Theater)
8 Uhr: Newelle
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Nixchen
Volkstheater. Wuhalla-Th.
8 Uhr: Glocken v. Corneville

Residenz Theater
Täglich 8 Uhr:
Der König I. Paris
(Le Roi)
Otto Limburg, Kaiser-Tiz,
Else Wass, Eugen Rex

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Frl. Josette
- meine Frau
Eugen Burg, Carola Toelle
Falkenstein, Hans Albers

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mein Freund Teddy
Arnold Korff, Lotte Klinger
W. Bendow, Gis. Schneider-
Nissen, Fr. Schönemann

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr:
Das Glück der
kleinen Leute

WILDOY
Behrenstr. 24 8 U.:
Der unüberwindliche
Oktober - Spielplan

Das Detectivmädels

Wo ?

Das Detectivmädels
Das Detectivmädels
Das Detectivmädels
Das Detectivmädels
Das Detectivmädels
Das Detectivmädels
Das Detectivmädels
Das Detectivmädels
Das Detectivmädels
Das Detectivmädels

Zeig' mir mal dein Muttermal

Der Schlager

„American-Girl“
Friedrich-Wilhelmst. Theater
Täglich 8 Uhr. Täglich 8 Uhr

Saalbau Friedrichshain (fr. Brauerei Friedrichshain)
Am Friedrichshain 16-23
Freitag, 21. Okt. **Eröffnungskonzert**
abends 8 Uhr:
mit dem PHILHARMONISCH-ORCHESTER
Dirigent: **Eduard Mörke**
Wagner-Abend (Eduard Mörke)
Melanie Kurt (Karl Armster)
von der Staatsoper
Karl 5-14 M. Bote & B. Werth, Konz.-H.Friedrich

MARMORHAUS

Direktion: Sieghart Goldschmidt

Richard Oswald Lichtspiele
1/3 Uhr:
Donnerstag, den 20. Oktober 1921
Uraufführung
des Millionen-Films der
Richard Oswald Film A.-G.
Lady Hamilton
im Marmorhaus und in den
Richard Oswald Lichtspielen
7 Akte frei nach der Historie und den
Romanen von Heinrich Volland Schumacher
„Liebe und Leben der Lady Hamilton“
und „Lord Nelsons letzte Liebe“ von
Richard Oswald
in den Hauptrollen:
Liane Haid / Else Helms / Gertrud Welker
Jika Grünig / Käthe Waldek / Adèle Sand-
rock / Julie Serda / Conrad Veldt / Reinhold
Schlitzel / Werner Krauß / Gg. Alexander
Theodor Loos / Hans Helz v. Twardowski
Friedrich Kühne / Heinrich George / Louis
Ralph / Hugo Böhm / Anton Pointner / P. Bildt
Entwurf: Paul Leni, Dekorant: Hans Dreier.
Regie: **Richard Oswald**
In beiden Theatern: Erhöhte Eintrittspreise
von 10.00 M. bis 50.00 Mk. inkl. Steuer.
Vorverkauf ab Montag, 4. 17. Oktober,
vorm. 11 bis 1 Uhr, für 3 Tage im voraus.
Die Aufnahmen sind
in den bis 7. 20.10.1921
in Italien hergestellt.
Er erscheint
im Sondervertrieb der
National-Film-A.-G.
Geschlossene Vorstellungen 5, 7, 9 Uhr.
Kartenverl. 1 Stunde vor Beginn d. Vorstellung.
Vorverkauf ab Montag, 4. 17. Oktober,
vorm. 11 bis 1 Uhr, für 3 Tage im voraus.

Circus Busch
Tel. 719, Stg. auch 3 U.
Volkstümliche Preise!
Große Darbietungen
16 Circus-
Sensationen 16
Vorverk. benutzen!

Circus Blumenfeld
Neukölln
am Polizeipräsidium
Abends 7 1/2 Uhr
Der neue Spielplan

Wien-Berlin
Unternehmen
14 Varieté-
Sensationen
Beginn 7 1/2 Uhr
Kais. Wilhelmsplatz
63a

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Abrakadabra

L.T.L.
Luisen-Theater
Lichtspiele
34 Reichenberger Str. 34
Der Schrecken
Mühle
Sensationsfilm m. Otto
Gebör, Egede Nissen
Filmbanditen
die lustigste Film-
komödie der Welt!
Ant. 6 U., Sonntag, 1/2 U.
Neues gr. Orchester
unt. Leitung d. bekannt.
Kapellmeisters Rivelli
Mittw. u. Sonnab. 1/2 U.
Kleinvorstellung

Reichshallen-Theater
Sänger
Abds. 7 1/2 u.
Stg. nachm. 3
Nehm. 1/2 Pr
Verlesehöf-
holl-Brettl.

Elserne & Kachel-ÖFEN
SEMMLER & BLEYBERG
Dresdenerstr. 98
BERLIN S. 14

Metalldanksstelle
Osten
Grüner Weg 80
zahltag Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**

Pfandscheine
Brillanten, Gold
Silber (Bruch) Platin
Zahngelbisse
Zahn 10 bis 150 Mark
Prämen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln von ausländischen
Gold- und Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringar Str. 34

H. & P. Uder, S6. 16, Engelauer 5
Zigaretten, Kau-, Rauch- und Schnupftabake
G.A. Hanewacker, Goldfarb, Landfried, Eicken, Raulino
Oldenkont. Geöf. 8-2 u. 3-5 U. Moritzpt. 2014. 13720

Allen voran
beim Einkauf von
**Brillanten, Platin
Gold- und Silber-**
die führende Firma
Juwelier H. Wiese, Arilleriestraße 30
Tel. Norden 1030. - 5 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
Die Treue und das unerschütterliche Vertrauen, mit
denen immer wieder das alte Publikum zu meiner Firma hält,
ist der sicherste Beweis und zugleich der Dank für die strenge
Reclität meines Unternehmens
Ich halte auch weiterhin trotz aller Anfeindungen den guten
Ruf meiner Firma hoch. Nur dann brauchen Sie sich keinen
Vorwurf zu machen, Ihre Wertsachen zu billig verkaufen zu haben

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vormittag 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714
Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 Uhr,
im Gesellschaftshaus, Dresdener Straße 116:
Branchen-Verammlung
aller in Schwarzblech- und Eisen-
möbelbetrieben Beschäftigten.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Ver-
bandsrat in Jena. 2. Diskussion.

Mittwoch, den 19. Oktober, abends 6 1/2 Uhr,
in den Pharusgärten, Rühlstr. 143:
Branchen-Verammlung
der Former und Berufsgenossen.
Tagesordnung: Bericht vom Verbands-
rat in Jena.

Mittwoch, den 19. Oktober, abends 6 Uhr,
im Arbeitervereinshaus, Chausseest. 94:
Branchen-Verammlung
der Eisen-, Revolverdreher und
dreherinnen sowie Rundschleifer.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbands-
rat in Jena. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegen-
heiten. 4. Verschleißes.

Donnerstag, den 20. Oktober:
Branchen-Verammlungen
Kolben- und Elektroschweißer: Abends 7 Uhr,
im Lokal von Liebermann, Neue Jakobstr. 1-3.
Bauschlichter: Abends 7 Uhr, im Lokal von Hummel,
Sophienstr. 6. - Tagesordnung: Bericht über die
Verhandlungen mit den Arbeitgeber über unsere
Forderungen.
Betriebe für gefochte Bleche sowie Deuschloffer
Berlins und Umgegend: Abends 6 Uhr, in der
Schulaula, Köpenicker Platz.
Chirurgische Branche: Nachmittags 3 Uhr, in der
Schulaula, Köpenicker Platz.
Einrichter und Reuloren: Abends 6 Uhr, im
Humboldt-Gymnasium, Gartenstr. 25, in der Nähe
der Invalidenstrasse.
Elektromonteur und Helfer: Abends 6 Uhr, in der
Schulaula, Köpenicker Straße 19 (Nähe
Friedrichstr. Platz).
Gold- und Silberarbeiter: Nachmittags 4 1/2 Uhr,
im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45a.
Graveur und Silbner: Abends 5 Uhr, im
Königlichen Hof, Komturstr. 10c. - Tagesordnung:
Bericht von der Reichstagsverhandlung am
17. Oktober 1921.
Helfer, Kronenschloffer und Kronenfeinwer:
Nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Reuen Harmonie
(Museumstr.) Eberharder Straße 96. - Tages-
ordnung: Bericht des Branchenleiters.
Hilfsarbeiter: Abends 7 Uhr, in der Schulaula,
Köpenicker Platz.
Hobler, Bohrer, Stoher, Fräser und weibliche
Beauftragte: Abends 6 Uhr, in den
Sophien-Gärten, Sophienstr. 15-18 (Meiner Saal).
Maschinenarbeiter: Abends 6 Uhr, in den Pharus-
gärten, Rühlstr. 143.
Mechaniker, Uhrmacher, Optiker: Abends 7 Uhr,
in den Andreas-Festhallen, Andreasstr. 21.
Metallarbeiter: Abends 5 Uhr, im Gemischtwaren-
Engelauer 24/25 (Saal 1).
Metall- und Zingelher: Abends 5 Uhr, im Lokal
von Seyer (früher Braunmann), Hauptstr. 7.
Metall-, Revolverdreher und -dreherinnen:
Abends 5 Uhr, im Lokal „Erd-Dr.“, Waldemar-
straße 75, im Tunnel.
Rohrer und Helfer: Abends 6 1/2 Uhr, in Böhm-
Weauer, Prenzlauer Wer 242.
Schiffarbeiter, Stauer, Presser, Zugschneider
und Arbeiterinnen: Abends 5 Uhr, in der Schul-
aula, Köpenicker Platz. - Tagesordnung: Ge-
heimnisse zum neuen Lohnabkommen.
Schraubendreher und Infantenrichtiger:
Abends 5 Uhr, in der Schulaula, Köpenicker Platz.
**Wagner-, Bier- u. Drahtschleifer sowie Papier-
rohr- und -arbeiterinnen:** Abends
6 Uhr, in Schul' Festhallen, Königgraben 2, am
Alexanderplatz.
Werkzeugmacher und Werkzeugschleifer: Abends
7 Uhr, in den Sophien-Gärten, Sophienstr. 17/18.
**Widier, Impedimenter, Kollektorbauer, Batterie-
und Elementenarbeiter:** Abends 7 Uhr, in der
Schulaula des Schiller-Gymnasiums, Panitzstraße, Ecke
Böttcherstraße.
**Zigaretten-Maschinenführer und Betriebshand-
werker:** Nachmittags 4 Uhr, in den Pharusgärten,
Köpenicker Platz.
Tagesordnung in allen Konferenzen: 1. Ber-
icht vom Verbandsrat in Jena. 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschleißes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Basistverband C.F.D.
20. Reala. 142. Wetz.
(Ziegelort)
Unser alter Genosse
Max Goebel
ist gestorben.
Seine Hinterbliebenen!
Die Einäscherung findet
Mittwoch, nachmitt.
1/4 Uhr, im Krematorium
Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung erwart.
Die Beerdigung findet
am 13. Okt. 1921.

Deutscher Metallarbeiter-
verband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur
Nachricht, daß unser
Kollege, der Klempner
Franz Kühn
am 13. Okt. gestorben ist.
Seine Hinterbliebenen!
Die Einäscherung er-
folgt am Mittwoch, den
19. Okt., nachm. 3 Uhr,
im Krematorium Baum-
schuldenweg, Riefel-
straße.
Rege Beteiligung er-
wartet. 100/17
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung
Unsere Zweigstelle in
Bl.-Mittend. 14 mit dem
13. Oktober d. J. aus dem
Rathaus, Charlottenburger
Straße 95, nach
Hauptstraße 65
verlegt worden. 10/17
Högn. Ortsverantw. f.
Niederbarnim
Reuber, Vorsitzender

Asthma
mit
Husten-
anfällen und
starker Verschlei-
mung findet wirksame
Hilfe durch Reichs-
eigene
Asthmatropfen, beruht
durch ihre Wirks. 30 Jähr.
glänz. Erfolge M. 10.50.
Wo in Drog. u. Apoth. nicht
erh. durch Otto Reichel,
Berl. 43.50, Eisenbahnstr. 4

Gebühren
u. Edelmetalle
zu höchst. Preisen
G. Schleichacke
Juwelier
Friedrichstraße 210
Ecke Köpenicker

zum Kampf
um die Schule!
Das
Schulprogramm
der
Sozialdemokratie
von RICH. LOHMANN
Ein prakt. Handbuch für
Eltern, Lehrer und Er-
zieher, in dem nicht nur
die Forderungen der
Sozialdemokratie zu-
sammengefaßt sind,
sondern auch die mög-
lichen Möglichkeiten zur
schrittweisen Erreichung
des Zieles dargestellt
werden.
Preis Mark 7.50
Buchhandlung
Vorwärts
BERLIN SW. 68
LINDENSTRASSE 2.

Der elegante
Trauring
Dukat.-Gold, 980 gest.
schon für 85.00 Mark
und fügenlos nur bei uns erhältlich.
338/1560 gest., v. 35 M. aufwärts
bis zu den feinsten Ausstattungen.
Jede Größe am Lager. Namen un-
sonst u. Ringe gleich mitzubehal-
ten.
Wir führen keine Uhren und Gold-
waren, und sind folglich einzig dastehend als
Deutschlands Spezialhaus f. Trauringe
G. Alb. Thal, C 19, Seydelstr. 5.
Högn. Fabrik. Verkauf direkt an Private. Versand
nach auswärt. Katalog gratis!
Garantiehebel für gesetzl. Goldhalt.

Brillantringe
Schmuckstücke jeder Art, kleine
und sehr große Objekte, Per-
lschnüre, goldene Uhren, Ringe und Ketten,
Gold- und Silberbruch und -Gegenstände,
Münzensammlungen, Platin Wagen zurzeit
zu unüberbittbaren Preisen. Wegen großer
Nachfrage können wir momentan bis
30 Proz. höhere Preise anlegen und über-
bieten daher fast jedes bereits erhaltene
Gebot der Ankaufsteilen.
Pfandscheine lösen ein und zahlen zu
Ankauf auch mit Rückkaufrecht.
(Städtisch konzeSSIONIERT.)
Berliner Juwelenverwertungsstelle
vom Publikum selbst als eine der höchst-
achtendsten Stellen anerkannt.
Laden Lützowstraße 92
Erstes Haus von der Potsdamer Straße,
8-7 Uhr. Lützow 2160. Sonntags 9-1 Uhr.

Suchfabrik-Niederlage
H. Lamprecht, Berlin-Tempelhof, Dönhofsstr. 17
liefert direkt an Privats für Herren und
Damen zu Fabrikpreisen. Silber- und Porzellan-
Geschäftzeit von 1/2-7 Uhr.

